

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

94 (23.4.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Kassendirektor Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinserate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Kultusdebatte im badischen Landtag.

In der Zweiten Kammer haben gestern die Beratungen über das Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums begonnen. In Stelle des durch Amtsgehalt verhinderten Abg. Dietrich erstattete der Abg. Blum den Bericht der Budgetkommission. Herr Blum beschränkte sich auf einige kurze tatsächliche Bemerkungen. Das Zentrum schickte als ersten Redner den Abg. Kopf ins Treffen. Kopf den in den letzten Wochen in der Zentrumspresse geflogenen Erörterungen hätte man annehmen sollen, daß es zwischen dem Zentrum und dem Kultusminister zu recht scharfen Auseinandersetzungen kommen wird. In dieser Beziehung aber brachte die Rede des Abg. Kopf eine Enttäuschung. Herr Kopf schlug im allgemeinen friedliche Töne an. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Klosterfrage. Seit 10 Jahren hat das Zentrum diese Frage ruhen lassen. Daß es sich heute stark genug fühlt, von der Defensiv in die Offensive überzugehen, ist kennzeichnend für die durch die letzten Landtagswahlen geschaffene politische Situation. Das Zentrum fordert jetzt mit Ungehörigkeit die Zulassung der Klöster, es will sich mit unbestimmten Erklärungen nicht mehr abgeben lassen und wird — wie Herr Kopf sagte — unter keinen Umständen eine ablehnende Erklärung der Regierung ruhig hinnehmen.

Merkwürdig, es war nicht zu sagen, wie blutiger Sohn Klug es als Herr Kopf die Zulassung der Klöster vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Staatsbürger forderte. Das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gilt beim Zentrum immer nur dann, wenn es sich um Interessen des Zentrums und der katholischen Kirche handelt. Den Sozialdemokraten gegenüber pfeift das Zentrum auf dieses Prinzip.

Auch für die Jesuiten brach Herr Kopf eine Lanze. Er forderte die gänzliche Aufhebung des Jesuitengesetzes. Mit sehr viel Temperament legte der Zentrumsredner Verwahrung gegen die Auffassung des Ministers ein, daß katholische Geistliche die an den höheren Lehranstalten tätig sind, nicht etatmäßig angestellt werden könnten, so lange sie sich der Jurisdiktion der katholischen Kirche unterwerfen. Herr Kopf erblickt darin eine Verletzung der Verfassung und erhebt deshalb dagegen entschiedenen Protest. Das tat derselbe Herr Kopf, der es ganz in der Ordnung findet, daß Sozialdemokraten, die nebenbei bemerkt, keiner fremden Jurisdiktion unterliegen, als Staatsbeamte nicht zugelassen werden. Ganz überflüssiger Weise verteidigte Herr Kopf wieder den Antimodernisteneid gegen welchen Minister Böhm den Kampf längst aufgegeben hat. Nachdem Herr Kopf eine volle Stunde über die kirchenpolitischen Fragen gesprochen hatte, beschloß er sich kurz mit den Hochschulen. Dabei trat er energisch für den finanziellen Bezug der Städte zu den Kosten der Hochschulen ein.

Mit einer wesentlich kürzeren, dafür aber ausgezeichneten Rede präziserte Genosse Dr. Frank den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Mit Recht charakterisierte er die Rede Kopfs, soweit sie kirchenpolitische Fragen behandelte, als die beste Begründung für die sozialdemokratische Forderung der Trennung von Kirche und Staat. Bei den Streitereien zwischen Staat und Kirche gebe in letzter Linie der Staat immer nach. Diese des Staates unwürdige Zustände können nur durch eine reinliche Scheidung der beiden Gewalten beseitigt werden. Die Beseitigung des Jesuitengesetzes fordert die Sozialdemokratie grundsätzlich, ebenso die Zulassung der Klöster. Mit großem Geschick gepflündete Genosse Dr. Frank den unlogischen und inkonsequenten Standpunkt des Zentrums in der Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Hinsichtlich der Stellung der Regierung gegenüber den badischen freireligiösen Gemeinden sei die Regierung zurückgewichen. Das sei sehr bedauerlich. Gen. Dr. Frank forderte eine präzise Interpretation des Erlasses seitens des Ministers. In welcher Weise die Regierung hinsichtlich der Behandlung der Freireligiösen der Rückwärtserei huldigt, konnte Gen. Dr. Frank an Hand einiger ebenso interessanter als höchst bedauerlicher Beispiele feststellen. So sollen in den Lehrerseminaren keine freireligiösen Kandidaten mehr aufgenommen werden. Freireligiöse werden nur noch in die Lehrerseminare aufgenommen, wenn sie einen Rebers unterzeichnen, wonach sie auf staatliche Anstellung verzichten. Gegen diese reaktionäre Praxis legte Gen. Dr. Frank entschiedenen Protest ein. Sehr energisch vertrat unter Redner die Aufhebung des Schulgeldes und bis zur endgültigen Durchführung dieses Prinzips die Gewährung finanzieller Dotationen seitens des Staates an bedürftige Gemeinden, und besonders auch zur Bestreitung der Kosten der Lehrmittel. Auf dem Gebiete der Hochschulen verteidigte Gen. Dr. Frank die Selbstverwaltung derselben. Er schloß seine Rede mit dem Bunde, daß schon in der Volksschule durch Einfügung geeigneten Lesestoffs in das Lehrbuch der Kampf gegen den Alkoholismus geführt werde.

Herr Rebmann machte zunächst gegenüber Bemerkungen des Abg. Kopf über Folgeerscheinungen des Materialismus auf die mancherlei Reaktionen dagegen aufmerksam.

In warmen Worten gedachte der nationalliberale Redner des vor einigen Wochen erfolgten Rücktritts des früheren Ministerialdirektors Dr. v. Salwürck und des Geh. Rats Oster, der im Oberschulrat und zuletzt im Unterrichtsministerium tätig war. Die Befehung des Postens eines Ministerialdirektors durch einen Juristen hält Herr Rebmann für bedauerlich und hofft, daß diese Stelle der badischen Lehrerschaft nicht endgültig verloren ist. Ueber die kirchenpolitischen Fragen will Herr Rebmann erst bei Beratung des Kultussetats sich auslassen.

Herr Abg. Müller beschränkte sich auf die Erklärung, daß seine Fraktion bei Beratung der Spezialbudgets ihre Stellung zu den einzelnen Fragen präzisieren werde.

Herr Banschach erregte große Heiterkeit, als er sich um die Jesuitenfrage mit der Erklärung herumdrehte, das sei Sache des Reichstags. In der Klosterfrage bekennt sich Herr Banschach selbstverständlich als Gegner der Zulassung von Klöstern, nicht desto weniger will er den Wünschen des größten Teils seiner Wähler Rücksicht tragen. Wie, darüber schwieg Herr Banschach in allen Sprachen.

Minister Böhm bekennt sich als Gegner der Trennung von Staat und Kirche. Er hofft, daß ein erträglicher Modus zwischen den beiden Gewalten gefunden wird. Einer Aufhebung des Jesuitengesetzes kann der Minister nicht zustimmen, er verpricht aber das Gesetz loyal zu handhaben. In der Klosterfrage scheint die Regierung nachgeben zu wollen. Zwar haben Verhandlungen mit der Kurie noch nicht stattgefunden, allein es scheinen solche bevorzustehen. In den kirchlichen politischen Fragen hat die Regierung auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten, auch in der Frage der Etablierung geistlicher Lehrer.

Bezüglich der Behandlung der freireligiösen Gemeinden beruft sich der Minister auf das Gesetz. Den Städten werde die Regierung hinsichtlich der Behandlung der freireligiösen Gemeinden nicht in die Fänge fahren. Die Freireligiösen könnten nur auf privatem Wege ihren Unterricht erteilen, in dieser Beziehung würde ihnen auch keinerlei Schwierigkeiten seitens der Regierung bereitet.

Die Generaldebatte wird morgen zu Ende geführt werden, voraussichtlich wird morgen sofort in die Beratung des Hochschuletats eingetreten.

59. Öffentliche Sitzung der zweiten Kammer.

auf. Sie hat dann auf die Ausführungen der Kurie, daß verschiedene Differenzen vorliegen, überhaupt nicht geantwortet. Geantwortet hat in diesem Hause nur Minister v. Dusch. Die Regierung hätte jedoch schriftlich antworten sollen, sodas sich doch noch ein positives Resultate hätte ergeben können. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß wir jetzt unter keinen Umständen die Sache stillschweigend liegen lassen. Wir werden es nicht dulden, daß die Frage weiter ungelöst bleibt. Es ist dies für uns eine Frage des Rechtes; es ist für uns ein Ehrenpunkt. Wenn ein Männerloster in Freiburg wäre, so könnten die Zuseher auch die theologische Fakultät in Freiburg besuchen. Die Juristen brauchen nur drei Semester lang deutsche Universitäten besuchen; diese Anforderung wäre auch für die Theologen billig. Wenn die Regierung den Willen hat, uns entgegenzukommen, so könnte sie uns auch in der Frage der Vorbildung bei der Klosterfrage entgegenkommen und die Gesetzesfrage dementsprechend regeln. Der Staat hat die Einrichtungen der katholischen Kirche zu übernehmen, so wie sie von jeher sind. Wenn die badische Regierung uns hier nicht entgegenkommt, so erregt sie Erbitterung. Wenn wir in unseren Verammlungen von der Ordensfrage reden, so finden wir mit unsern Anklagen lebhafteste Zustimmung. Man sollte endlich sich im badischen Landtag zur gleichen Haltung entschließen, wie andere Länder, nachdem wir den Kulturkampf schon so lange hinter uns haben. Ich finde es wenig taktvoll, wenn die Vertreter einer anderen Kirche, wie der Evangel. Bund, sich bei dieser innerkirchlichen Frage einmischen. Wir erleben es ja, daß gewisse Vertreter des Evangelischen Bundes wenn sie zusammenkommen, immer von unsern Angelegenheiten sprechen, nicht aber von den ihrigen. Was die Jesuitenfrage betrifft, so haben wir uns hierüber ja schon bei der Finanzdebatte geäußert. Die neueste Interpretation des Bundesrats hierüber verfällt, wie man ruhig sagen kann, dem Fluch der Lächerlichkeit. Diese bedenkliche Interpretation sollte raschmöglichst beseitigt werden. Gerade die süddeutschen Minister sollten hier vorgehen. Nach meiner Meinung sollte jedoch das ganze Jesuitengesetz fallen. Der Reichstag hat sich ja in seiner überwiegenden Mehrheit gegen das Jesuitengesetz ausgesprochen. Ich will auch nochmals auf den Fall in Messelhäusern hinweisen, den früher Abg. Dr. Zehner behandelte. Nach den dort liegenden Verhältnissen hätte man dem Antrag dieser Gemeinde nicht entgegenzutreten sollen. Ich sehe nicht ein, warum die Ordensschwester anders behandelt werden sollen, wie dies in Messelhäusern geschah. Es liegt hier nicht an Messelhäusern, sondern es handelt sich für uns um einen grundsätzlichen Fall. Wir verwahren uns dagegen, daß das Prinzip der Simultanschule in solch schroffer Weise gewahrt wird. Wir können es auch nicht ruhig hinnehmen, daß Lehramtspraktikanten, die ihr Examen gemacht haben, vom Schuldienst ausgeschlossen werden, nur weil sie unter der Jurisdiktion der Kirche stehen. Ist unsere Regierung berechtigt, solche Lehrer nach unserer Verfassung anders zu behandeln? Dies bestritte ich. Der vorgekommene Fall legt so, daß ein Geistlicher sich sittliche Vergehen zuschulden kommen ließ und später noch weiter im Lehramt tätig war. Es ist nun rein unverdächtig, wie der Minister zu dieser Stellung kam. Ich kann mir dies nur aus einer momentanen Verstimmung des Ministers erklären und ich glaube, daß er seine Ansicht revidiert. Es wurde gesagt, daß die jetzige Stellungnahme mit dem Modernisteneid zusammenhängt. Der Modernisteneid erstreckt sich im wesentlichen auf das Gebiet der Religion; um den weltlichen Unterricht kümmert er sich nicht. In keinem anderen Staat bestehen solche Vorschriften. Mit dem Modernisteneid kann man diese Stellungnahme des Staates nicht erklären. Der Staat hat kein Recht, Religionslehrer vom Unterricht in anderen Fächern fernzuhalten. Mit seiner Haltung setzt sich das Kultusministerium mit der Aueßerung des Staatsministers von Dusch im Jahre 1906 in Widerspruch. Das Vorgehen des Ministers ist ein weiterer Schritt in der Frage der Trennung von Staat und Kirche. Diese bekämpft jedoch der Minister. Er sollte daher seine Haltung in dieser Frage revidieren. Was die Hochschulen betrifft, so sollte eine weitere Steigerung des Aufwandes vermieden werden. Bei den Hochschulen sollte mehr der freie Wettbewerb beachtet werden. In den einheimischen Hochschulen sollten mehr Landesfinder als Lehrer mitwirken. Zwischen den Vertretern der verschiedenen Konfessionen besteht bei den Hochschulen in der Anzahl der Professoren ein gewisses Mißverhältnis. Hier sollte eine gewisse Parität geschaffen werden. Es kann der Regierung nicht gleichgültig sein, wenn hier eine Verstimmung des katholischen Volksteils besteht. Man sollte in stärkerem Maße Katholiken als Professoren an den Universitäten beiziehen. Heute besteht ein schreiendes Mißverhältnis. Beachtung verdient auch die große Anzahl ausländischer Studenten, besonders Russen an den Universitäten; was eine starke finanzielle Last für unseren Staat bedeutet. Bei Einführung des vierjährigen Studiums für Theologen müssen die Theologieprofessoren vermehrt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Rede des Abg. Kopf, soweit sie sich mit den Fragen des Kultus befaßt, war die beste Begründung für unsere programmatische Forderung, daß

Staat und Kirche getrennt

werden sollen. Die Streitigkeiten zwischen den beiden historischen Mächten, zwischen Staat und Kirche, die fast bei jeder Budgetberatung hier zum Austrag kommen, zeigen am deutlichsten, daß Staat und Kirche in der historisch gewordenen engen Verbindung beide schlecht gedeihen und daß für beide Teile, für Staat und für Kirche, es das Richtige wäre, wenn sie sich trennten und ihre Angelegenheiten selbständig und unbehindert gegenseitig ausführen würden. Wie wird denn die Sache ausgehen? Der neueste Streitpunkt — es wechseln ja nur die Namen bei jeder Budgetberatung — ist die Frage mit dem geistlichen Lehrer. Die Frage wird genau so ausgehen, wie früher der Streit mit dem Modernisteneid und wie mit ähnlichen Dingen: der Staat wird sich der Kirche unterwerfen, er wird zögernd nachgeben. Das ist noch jedesmal, wenn solche Fragen auftauchen, das Endergebnis gewesen. Und wir meinen,

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Am Regierungstisch: Kultusminister Dr. Böhm.

Eingänge: Petitionen der Gemeinden des oberen Schlichtales um Errichtung einer Eigenbahnstation in Seeburg; der Mietervereine Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Freiburg, Pforzheim in Betreff der Beschaffung zweier Hypotheken mit Gemeindegarantie.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ministeriums des Innern mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abg. Welsch u. Gen., die Arbeitslosigkeit betr. — Ferner liegt vor eine Einladung seitens der Spielleitung der Freilichtbühne Dittlingen zu einem Besuche der Vorstellung „Götter von Verlichingen“ im Laufe des Monats Juni.

Zur Tagesordnung steht die

Beratung über den Voranschlag des Kultus und Unterrichts.

Abg. Dr. Blum (natl.) berichtet namens der Budgetkommission. Die Kommission stellt den Antrag zu genehmigen für 2 Jahre in Ausgabe für Titel Ministerium 684 860 M., für außerordentliche Verohnungen 42 060 M., für verschiedene Ausgaben 86 000 M. In der Kommission wurde darüber gefast, daß zu viele Hilfsreferenten vorhanden seien.

Abg. Kopf (Zentr.): Die zur Beratung stehenden Kapitel repräsentieren das geistige und moralische Gebiet. Sie umfassen auch die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Sachlich bestehen über die Notwendigkeiten dieser Titel keine Unterschiede bei den Fraktionen. Die unteren Klassen neigen heute vielfach dem Materialismus zu und bemächtigen sich auch dessen Anschauungen über Religion. Der Staat habe deshalb die Pflicht, die religiösen Gemeinschaften im Kampfe hergegen zu unterstützen. Wir haben es deshalb begrüßt, daß der Minister in verschiedenen Reden hier seine Unterstützung zugesagt. Gewisse Meinungen lassen sich allerdings nie vermeiden. Wir haben jedoch den Wunsch, daß diese Gegensätze durch gemeinsame Arbeiten überbrückt werden. Die Trennung von Staat und Kirche führt nicht zur Freiheit, sondern zur Verdrängung der Kirche. Dieses Ziel lockt uns aber nicht. Wir sind dem Minister dankbar, daß er gegen den freireligiösen Religionsunterricht einen Weg gefunden hat, den wir für richtig halten. Die freireligiöse Anschauung beruht auf rein negativer Grundlage. Der Staat muß sehen, daß hier keine Tendenzen großgezogen werden, die den Staat schädigen. Was die Klosterfrage betrifft, so ist dies eine von jeher bestehende Einrichtung der katholischen Kirche. Die Frage der Notwendigkeit muß daher von kirchlichen Organen gelöst werden. In den 90er Jahren sprach sich das Haus in der Mehrheit für die Zulassung aus. Die Regierung erteilte jedoch den Wunsch nicht, für den sich auch die Sozialdemokratie und die Volkspartei aussprachen. Die Regierung warf verschiedene Fragen über die Ausbildung

es sei keine würdige Stellung für den modernen Staat, wenn er immer und immer wieder alle paar Jahre in die Lage kommt, gezwungen ist, zunächst einen Anlauf zu nehmen, um sich zu verteidigen gegen irgend welche Ansprüche der Kirchen, und dann eben nachzugeben, weil er schließlich gezwungen ist, nachzugeben, um nicht irgendwelchen Gewissenszwang zu üben. Das ist die Erscheinung, die immer wiederkehrt bei diesen Problemen, die sich kaum scheiden lassen. Wenn der Staat seine staatliche Hoheit in diesen kirchlichen Fragen wahren will, kommt er immer und immer wieder in Gefahr, eingetreten in das, was den Menschen das Heiligste ist, die Gewissensfreiheit und die religiöse Freiheit. Es ist kaum denkbar bei derartigen Dingen, daß irgend ein noch so geschickter Minister die Grenze vermeidet, bei der die Gewissensfreiheit der anderen Seite tangiert wird. Dagegen sagen wir: Die e h r l i c h e Lösung und die Lösung, zu der schließlich der moderne Staat wird zurechtfinden müssen, das ist eben die Trennung von Staat und Kirche. Nun hat Herr Kopf auf das Gebiet der Reichspolitik übergegriffen und hat verlangt, daß die Groß-Regierung aktiv eingreife, um die Beseitigung oder die weitere Milderung des Jesuitengesetzes herbeizuführen. Ich habe schon früher die Erklärung abgegeben und kann sie nur wiederholen, daß meine Partei in dieser Frage so energisch wie das Zentrum und vielleicht noch ohne Rücksichten zu nehmen noch irgend einer Seite (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die

Aufhebung des Jesuitengesetzes

verlangt. Wir sind genau wie Sie (zum Zentrum) der Meinung, daß das Jesuitengesetz nicht haltbar ist und daß es unzulässig ist, wenn ein so großer Volksteil behauptet, er würde für seine religiösen Bedürfnisse die Dienste eines Ordens brauchen, dann diesen Orden auszuschließen. Wir sind auch der Meinung, daß die badische Regierung sich um die innerpolitische Entwicklung des Landes ein Verdienst erwerben würde, wenn sie hier aktiv eingreifen würde zur Beseitigung des Jesuitengesetzes. Wir sind der Meinung, daß es dem religiösen Frieden dienen würde, wenn dieser Streitpunkt beseitigt würde. Es war für mich sehr lehrreich, wie in diesem Zusammenhange der Herr Abg. Kopf gesagt hat, wenn man brauchen in Versammlungen derartige Dinge — ich weiß nicht, handelt es sich um die Jesuiten oder um andere Ordensleute — behandelt habe, würden die Leute warm werden. Diese Bemerkung war für mich sehr lehrreich. (Abg. Kopf: Aber doch nicht neu! — Geisterzeit.) Herr Abg. Kopf, Ihre Reden haben überhaupt nicht die Eigenschaft, daß sie Neuigkeiten mitteilen (Geisterzeit), ich schäme bei Ihnen die gründliche Behandlung alter Probleme nach alter bewährter Weise. (Geisterzeit links. — Abg. Kopf: Sie haben auch noch nichts Neues gebracht!) Herr Abg. Kopf, ich habe das auch nicht beansprucht. Ich wiederhole: Wir sind für die Abschaffung des Jesuitengesetzes. Wir sind auch genau, wie in früheren Landtagen, der Meinung, daß die Regierung von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machen sollte.

Röster zuzulassen.

Die Regierung hat ja darin freie Hand nach Lage des Gesetzes. Unsere Partei hat früher, als die Frage hier zur Sprache kam, mit anderen Parteien zusammen, mit der fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum, einem Antrage zugestimmt, der die Regierung aufforderte, von dem Rechte Gebrauch zu machen, daß Röster zugelassen werden. Damals, wenn ich nicht irre, hat auch ein Vertreter oder der Vertreter der konservativen Partei diesem Antrage zugestimmt; ich weiß nicht, ob in dieser Richtung sich inzwischen eine Aenderung vollzogen hat, die konservative Partei ist ja bekanntlich inzwischen aus dem badischen Landtage ausgeschieden und ist ersetzt worden durch die rechtsstehende Vereinigung, deren Programm mir nicht bekannt ist. (Geisterzeit links.) Der Herr Abg. Kopf hat die Forderung der Zulassung der Röster und der Aufhebung des Jesuitengesetzes oder der weiteren Milderung des Jesuitengesetzes unter Berufung auf die Verfassung begründet. Er hat mit harter Betonung ausgerufen, er verlange Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Ich habe diese Worte aus seinem Munde gern gehört. Aber ich habe ihn — ich kann nicht anders sagen — geradezu bemunbert, wie er es fertig gebracht hat, in derselben Minute, in der er Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger verlangte, in demselben Augenblicke gegen erbliche Feinde der badischen Bevölkerung zu verlangen, daß ihnen die Gewissensfreiheit und die Gerechtigkeit und die Gleichberechtigung verweigert werde. Die Stellung, die er gegenüber den

Freireligiösen Gemeinden

Freireligiösen Gemeinden einnahm, war mit den Grundgedanken, die er zu vertreten vorgab, nicht vereinbar. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Fortschrittspartei.) Meine Partei führt sich keineswegs beifolgend, hier vielleicht als spezieller Anwalt der freireligiösen Gemeinden aufzutreten. Wir haben als Partei mit diesen Gemeinden nicht das geringste zu schaffen und stehen den freireligiösen Gemeinden genau so unabhängig gegenüber wie anderen Reli-

gionsgemeinschaften. Wenn wir in der Frage der freireligiösen Gemeinden hier das Wort nehmen und wenn auch in unierer Presse über die Frage gesprochen wurde, so geschah es, weil wir überall dort eintreten, wo wir glauben, daß die Grundgedanke der Gerechtigkeit tangiert worden sind. Nun ist ja von der Presse gegen den Herrn Minister der Vorwurf erhoben worden, daß er durch einen Erlass, der an den

Freiburger Stadtrat

ging, die Bestimmungen des badischen Gesetzes verletzt habe. Ich habe mich nicht davon überzeugen können, daß der Vorwurf in dieser Schärfe begründet ist. Ich muß zugeben, daß die Gesetzesfrage zweifelhaft ist. Man kann nach der Lage des Gesetzes die Auffassung vertreten, daß die Kinder freireligiöser Eltern, auch wenn sie in einer gemeinsamen Zahl in einer Gemeinde vorhanden sind — ich glaube, 40 ist die Ziffer, die das Schulgesetz vorschreibt —, diesen Anspruch nicht haben, weil nicht feststeht, daß es sich hier um ein religiöses Bekenntnis im Sinne des Schulgesetzes handelt. Diese Auffassung kann man vertreten, und wenn man deshalb gegen den Herrn Minister den Vorwurf erhebt, er habe durch seinen Erlass das Gesetz verletzt, so halte ich diesen Vorwurf nicht für begründet. Etwas anderes ist es, ob der Herr Minister nicht durch seinen Erlass mehrere Schritte rückwärts gemacht hat in einer Praxis, die seit Jahrzehnten im Lande geübt wird und die sich bewährt hat. Darum dreht es sich. Ich glaube nicht, daß die freireligiösen Gemeinden zweifelhaft einen Rechtsanspruch nachweisen können, wie er in dem Fall von Freiburg erhoben wurde. Aber was mir bedauerlich scheint an dem Erlass des Herrn Ministers, ist das, daß er die Praxis, wie sie sich in Mannheim und wohl auch an anderen Orten entwickelt und bewährt hat, fallen zu lassen scheint. Wenn in den Gemeinden, um die es sich handelt, die freireligiösen Eltern sich zusammenschließen und für ihre Kinder einen konfessionslosen Moralunterricht — darum handelt es sich — einführen, wobei sie sich der Dienste von Lehrern der Volksschule bedienen wollen, die aus der Kirche ausgetreten sind, wie das bisher in Mannheim der Fall war, so hat sich dies doch bewährt, ohne daß irgend welche Klagen laut wurden. Es existieren keine gesetzlichen Bestimmungen, die dem Minister gebieten, daß er diesen Zustand ändert, den Zustand, der sich bewährt hat. Der Herr Abg. Kopf hat, um zu begründen, daß er diesen Zustand künftig rückwärts revidieren wolle, sich darauf berufen, daß es sich überhaupt nicht um Religionsunterricht handelt, daß es sich nur um eine Religion der Religion handelt. Ich will ihm auf dieses theologische Gebiet nicht folgen. Ich will nur sagen, daß es dort bei den freireligiösen sehr sehr sehr viel Leute gibt, die mit Schiller zu keiner Religion sich bekennen: aus Religion. Es ist eine

unverdiente Kränkung

dieser Leute, wenn in Ausdrücken, wie sie der Herr Abg. Kopf für richtig gehalten hat, hier ihre Religion überhaupt in Frage gestellt wird. Ich habe überhaupt den Eindruck, als ob die Ausführungen des Herrn Abg. Kopf sich in den Folgerungen ziemlich eng angeschlossen hätten an die Denkschrift des Erzbischoflichen Ordinariats, die uns hier gestern überreicht wurde. (Abg. Kopf: Ich habe sie noch gar nicht gelesen!) Dann ist vielleicht der Herr Abg. Kopf der Verfasser; es ist ja kein Verfasser genannt. (Geisterzeit links.) Ich fand eine sehr weitgehende Uebersetzung aller Folgerungen und mußte annehmen, daß eine sehr weitgehende Uebersetzung der Gedankengänge besteht. Dem Herrn Minister wäre ich dankbar, wenn er erklärt würde, wie dieser Erlass nach Freiburg zu verstehen ist. Ob der Minister mit diesem Erlass doch zurückgreifen wollte, oder ob er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß der bisherige Zustand geändert werden soll. Sowie ich weiß, sollte oder will das Ministerium andeuten, daß ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen den Verhältnissen in Mannheim und an anderen Orten. In

Mannheim

sind ungefähr tausend freireligiöse Schulkinder vorhanden, an anderen Orten sind es weniger. Ich meine, es wäre etwas formal juristisch behandelt, wenn man die Mannheim'er Gemeinde, weil sie juristische Persönlichkeit hat, in diesem Punkte anders behandelt als andere Gemeinden. Ich glaube, das Ministerium hat kein Recht, einen Unterschied in den verschiedenen Städten des Landes zu machen, wenn die freireligiösen Gemeinden, die freireligiösen Eltern ihren Kindern einen Unterricht nach ihrem Sinne gewähren wollen. Ich erster scheint mir eine andere Frage, die aufgetaucht ist und die eine Verfassungsfrage ist, die Frage der Gewissensfreiheit und der Gleichberechtigung der Staatsbürger. Wiederholt ist behauptet worden und es sind auch Beweise dafür vorhanden, daß die Regierung bei der Aufnahme freireligiöser oder konfessionsloser Schüler in die Seminare Schwierigkeiten macht. Es ist mir ein Fall bekannt, wo die Tochter eines freireligiösen Mannheimer Hauptlehrers zum Lehrerminegamen zugelassen werden wollte, die sich also schon im Seminar befand. Die Dame

wurde aufgefordert, sie müsse, wenn sie zum Examen zugelassen werden wolle, zunächst einen Nevers unterzeichnen, wonach sie auf alle Anstellungsansprüche verzichte, sonst könne sie das Examen nicht machen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Den andern Schülern, Seminaristinnen oder Seminaristinnen, wird ein derartiger Nevers nicht vorgelegt. Nun meine ich: Es ist ja an sich selbstverständlich, daß kein Seminarist, ob er katholisch oder evangelisch oder freireligiös ist, einen kläglichsten Anspruch an den Staat auf Anstellung hat. Das widerspricht ja unheimlich Verwaltungsbestimmungen. Wenn also derartige Angehörigen eines freireligiösen Bekenntnisses ein solcher Nevers vorgelegt wird, wäre das eine

Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung.

Das geht aber auch soweit, daß selbst bei der Aufnahme in das Seminar ähnliche Schwierigkeiten gemacht werden. Es ist mir bekannt, daß für den Sohn eines freireligiösen Handwerksmeisters angefragt wurde, ob er in ein staatliches Karlsruhe Lehrerseminar Aufnahme findet. Es wurde ihm vom Ministerium zurückgeschrien, er könne nicht aufgenommen werden. Auch hier muß ich sagen: wenn das zutrifft, so wäre das eine Verletzung der badischen Verfassung. Es ist mir bekannt, daß früher anders verfahren wurde. In früheren Fällen wurden freireligiöse Kinder in badische Seminare aufgenommen. Der Sohn unseres früheren Kollegen Dreesbach wurde, obwohl er konfessionslos war, in ein badisches Lehrerseminar aufgenommen und hat dann auch die Examina gemacht. Wenn das zutrifft, was mir mitgeteilt wurde, hätten wir also auch hier die bedauerliche Erscheinung, daß die Regierung, obwohl die Gesetzesbestimmungen sich nicht geändert haben, rückwärts marschiert ist. Sie hätte eine altbewährte Praxis rückwärts revidieren können in einem Sinne und in einem Geist, der jener Seite des Gesetzes gefällig wird. Ich will damit das Gebiet der Religionsfragen verlassen und noch einige Bemerkungen über Unterrichtsfragen machen. Das

badische Schulgesetz

ist ja jetzt schon ein paar Jahre alt und es wäre wohl bald Zeit, in seinen Wirkungen näher untersucht zu werden. Ich meine überhaupt, es wäre vielleicht ganz nützlich, wenn für jedes Gesetz nach ein paar Jahren eine letzte Revision eingeführt würde. Jedes Gesetz kann erst dann richtig vollendet werden, wenn es ein paar Jahre gelolten hat. Nach drei, vier oder fünf Jahren müßte erst der letzte Schritt an einem Gesetz angelegt werden. Da wäre es, glaube ich, von allgemeinem Interesse, wenn die Regierung sich über die allgemeinen Erfahrungen aussprechen würde, die mit dem Schulgesetz gemacht worden sind. Ich denke dabei namentlich auch daran, wenn die Regierung uns zusammenfassend mitteilen wollte, wie die neuen Bestimmungen, die Schulgesetzbestimmungen in uns umfassen, sich bewährt haben, wenn allgemein über die Erfahrungen im Lande uns etwas mitgeteilt werden könnte. Wenn in hoffentlich nicht zu fernem Zeit an eine Revision des Schulgesetzes gedacht würde, so wäre, meine ich, die nächste und brennendste Aufgabe, daß wir in dem badischen Schulgesetz

das Schulgeld beseitigen.

Es ist immer noch eine große Zahl von badischen Gemeinden vorhanden, die Schulgeld erheben. Das müßte bei der nächsten Revision durch das Gesetz beseitigt werden. In den letzten Monaten wird in Deutschland etwas überaus wichtiges und wichtiges Problem erörtert. Wenn die Wichtigkeit der Bevölkerungsabnahme nun von allen Faktoren so stark empfunden wird, dann, meine ich, müßte man alle Bestimmungen beseitigen, die den Eltern dieser Kinder besondere Lasten auferlegen. Man sollte die Eltern kinderreicher Familien nicht dadurch strafen, daß man ihnen die großen Kosten des Schulgeldes auferlegt. So lange das aber noch nicht durchgeführt ist, müßte die Regierung diese Abschaffung des Schulgeldes einstweilen im Wege der

Zuwendung an einzelne Gemeinden.

wo eine solche Abschaffung noch nicht erfolgt ist, erleichtern. Durch Zuwendungen an solche Gemeinden, die prinzipiell zur Abschaffung des Schulgeldes bereit wären, denen aber das Geld mangelt, müßte sie Zuwendungen machen, damit Gemeinden dieser Art mit Hilfe dieser Zuwendungen kinderreiche Familien entlasten könnten. Nicht im Wege der Befreiung einzelner, sondern einheitlich für ganze Gemeinden müßte das durchgeführt werden. Uebrigens bin ich, daß eine fünfjährige Schulgesetzreform auch die Herstellung der Freiheit bringen muß und bringen wird — einstweilen aber könnte die Regierung sehr viel tun, indem sie den Gemeinden Zuschüsse gäbe, um auf diesem Wege vorwärts zu schreiten. Für einen Vater, der drei, vier oder gar fünf Kinder in der Schule hat — die Fälle sind, namentlich auf dem Lande, nicht selten —, bedeutet die Befreiung der Lehrmittel und des Schulgeldes eine schwere Last. Die

Fonas Angermann.

Erzählung von Ludvig Nordström.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(Nachdr. bez.)

(Fortsetzung.)

Als Angermann wieder von seinem Krankenbett aufstand, war er ein alter Mann. Sein Rücken war gebeugt, seine Beine zitterten, und die Augen, die sonst unter den buschigen Augenbrauen Blitze schossen, waren für immer verschlossen. Er wurde, wenn möglich, noch schweigender als früher, und oft stellte er sich in die Laube seines Schubens und sah nach der Süderinsel hinüber. Er ging nie mehr unter Leute, und auch vom Schnaps war nie mehr die Rede, aber bisweilen, wenn Johanna sah, daß seine Lider rot waren und etwas Stechendes in seine Wäde kam, wußte sie, daß er eine Kelle voll aus dem Branntweinfäß geschöpft hatte. Aber er sagte kein Wort.

Der Sommer kam, und da war es, als wenn Angermanns alte Kraft ihn gänzlich verlassen und in die andern Fischer übergegangen wäre. Noch nie hatten sie wie jetzt gerüstet, sie reparierten und machten Neues, ihre Geräte waren tadellos, sie brachten Bootsladung auf Bootsladung nach Hause; aber Angermann mußte Johanna ständig antreiben.

„Siehst Du denn nicht, Angermann, daß alle zum Fischen sind?“ zankte sie. „Bist doch sonst immer der Erste gewesen, willst Du jetzt zurückbleiben?“

Dann trolle er sich. Aber eines Tages trat er eine Wanderung nach dem Bauernhof im Innern der Insel an, und im Spätsommer fing er an, nach einer flachen Landzunge der Süderinsel hinüber zu rudern. Die Stelle war mit Vieberendfrucht und rotblühendem Epilobium bewachsen, und hier und dort standen einige Erlen. Er rodete und schwebete und grub, und Johanna fragte erstaunt: „Was machst Du, Angermann?“

„Ich mach das Land urbar!“ antwortete er.

„Willst Du denn jetzt Bauer werden?“ „Ich steck meine Nase nicht in anderer Leute Kram!“ antwortete er kurz.

Im Winter wurde wieder Bauholz nach dem Norderstrand gefahren und Angermann baute einen Kuhstall und ein Brauhaus, und als Frühling geworden, fuhr er ans Festland und kaufte eine Kuh.

Wieder verfloßen Jahre und das Fischerdorf nahm ständig zu an Wohlstand und Gestalt. In Degrens altem Haus zu oberst auf der Steinhalde wohnte jetzt ein Lotsendvornann; das Haus war vergrößert und ringsherum war jetzt ein wohlgepflegter Garten und Faulbeerbäume und Ebereschen standen darin, die zur Sommerzeit einen süßen Duft verbreiteten, wenn sich die Pracht ihrer Kronen schneeweiß gegen den dunklen Wald hob. Die lange Reihe von Häusern am Sofenweg war auch neu in Stand gesetzt, ja, einige hatten sogar ein Ziegeldach, und ein Spaziergang längs dieses Weges erweckte den Eindruck von allgemeinem Wohlstand, von Zufriedenheit und Behäbigkeit. Im Süden der Hafenstraße hatte ein Handelsmann seinen Laden aufgeschlagen, und er fing an Kleider zu machen und die Strömung mit Lorbeerblättern und allerlei starken Kräutern zu würzen und zu verkaufen; ein Bäcker kam vom Festland herüber, baute eine Bäckerei und baute das Hartbrot so mirbe, daß es kaum zu fagen war; die Fischerjungen wuchsen heran und fanden Anstellung als Loten oder gingen zur See, indes andere von ihnen nach dem Festland fuhren und Decksgasten auf Schlepddampfern wurden oder Arbeit in den Sägewerken fanden. Und wenn sie von einem solchen Ausflug in die Welt wieder nach Haus kamen, waren sie in glänzenden Wollstoff gekleidet und hatten bunte Galstücker, rauchten Zigaretten und jeder von ihnen hatte eine Uhr in der Westentasche und eine Ziehharmonika unterm Arm. Auch ein Schullehrer hatte sich unter den Fischern niedergelassen und hielt Schule, und an Frühlingsabenden, wenn die Sonne unterging und an dunklen Herbstabenden, wenn die Fenster der Wohnhäuser eine leuchtende Kette waren, die sich im Wasser wiederpiegelte, versammelten sich die

ganze Kinderchar des Fischerdorfes in dem neuen Missionshaus oberhalb der alten Kapelle, die jetzt geschlossen war, und vor ihnen stand der Lehrer mit seinem Lektstod und führte den Gesang an, und die Kinder sangen, daß die Fenster scheiden klirrten:

Willkommen holder Frühling nach Winternacht und Schnee...

Und die Leute vom Hafen, alte Männer, denen ein Tropfen an der Nase hing, und alte Frauen mit runzligen Gesichtern kamen herzu, um dem Gesang zu lauschen.

Und der Lehrer belehrte auch die Alten und sagte: „Dies Lied singen alle Kinder in ganz Schweden! Mit dem begrüßen sie den Frühling und verschönern ihre Feste, anstatt Unjug zu machen, wie es früher der Brauch war in der Welt, als noch der Schnaps regierte.“

Die Alten, die das genugsam wußten, nickten mit den Köpfen und antworteten: „Singen sie so in Schweden?“

„Ja,“ antwortete der Lehrer lächelnd, „so singen sie in Schweden!“

„Et, Du mein Ze!“ verwunderten sich die Alten. „Wie nett! Wie lieblich! Das hört sich ja richtig hübsch an!“

Auf diese Art wuchs jetzt die Jugend in Pflicht und Sitte heran, und es würde immer noch besser und besser werden, versicherte der Lehrer.

Und eines Sommers kamen Herrschaften von der Stadt und wohnten den ganzen Sommer in einem Fischerhaus, und die Kinder spielten und tollten mit den Fischerkindern, und bald kamen noch mehr Herrschaften, was sehr wohl anging, seitdem die Fischer so zivilisiert und die Häuser so sauber und einladend geworden waren, und im Herbst luden sie ihre Wirtskleute zu sich ein und dann gab es Kaffe und Kuchen, aber keine starken Getränke, denn alle im Hafen gehörten jetzt der Ruge. Die Süde des Meeres“ an.

(Fortsetzung folgt.)

Zuge in d...
manche find...
noch einen...
haben in B...

Eine Anzahl...
Anhalten d...
amtliche Br...
find. Die l...
lichen Br...
ein Probe...
und das...
In Karls...
etwas Hein...
Frauenbere...
Fräulel-Sem...
gelacht, es r...
werden. D...
lange späte...
in Karlsbr...
in Mannh...
selbstvertra...
werden mo...
ein staatlich...
daß seine F...
dung eine...
weil, hat si...
genommen i...
werden und...
punkt verla...

Der Herr...
daß die gro...
werden, mit...
Wir fennen...
darüber. I...
in Heidelbe...
sage, daß be...
und wenn i...
daß möglic...
Kopf sogt...
hüßig mel...
Lage, Mann...
Kannheim...
seinen Pfenn...

ein Institut...
welcht hat...
beigetragen...
war meine...
Begerin d...
dadurch ge...
Entwicklung...
hat auch des...
freierlicher...
laum wird...
tend alle a...
schule in W...
auszunim...
ganz grobe...
diejenige...
handelt...
diesem Ges...
man auf d...
zum hier d...
Dann hat...
daß bei der...

Bese...
vorausgeseh...
auf seinem...
ein derartig...
wissenschaftl...
sage der...
Minister er...
nicht gewis...
lassen der...
ten gehabt...
glaube, in...
daron leiter...
würde dann...

Schauspie...
(Na...
350 Ja...
lands gröh...
23. April d...
Welt erblic...
geben, hudi...
am Montag...
Reitung seit...
Dichters "J...
Johans wä...
Winterm...
der dram...
verfassen n...
er damit se...
Das Stück...
nahm Scha...
von Robert...
in der Har...
ist ganz eig...
Regeln abw...
bei Schatep...
dramatisch...
dem dritten...
Unterbrech...
von Schatep...
den erlien...
und löst...
Sprache, w...
male seiner...
verlobe...

Unter t...
Soffi...
neues Wä...
grundstimm...
Formentf...
hat, die die...
reist. Jede...
schöne Kul...
Weiterwerf...
die neue

Zuge, in denen das Schulgeld einfließt wird, bedeuten für manche kinderreiche Familie eine schwere Zeit. Dann habe ich noch einen Mannheimer Wunsch vorzubringen. Wir haben in Baden keine staatlichen Anstalten zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen.

Eine Anzahl privater Anstalten haben wir; die Existenz dieser Anstalten ist aber dadurch in Frage gestellt, daß in Preußen sämtliche Prüfungen für derartige Seminare eingeführt worden sind. Die badischen Anstalten entbehren bisher derartige amtlichen Prüfungen. Nun bestand seit 15 Jahren in Mannheim ein Fröbel-Seminar, das von der Gemeinde unterstutzt wurde, und das, wie ich von Fachleuten höre, ausgezeichnet geleitet ist. In Karlsruhe war ebenfalls ein solches Fröbel-Seminar, das etwas kleiner war und das im Laufe der letzten Zeit vom Frauenverein übernommen wurde. Nun hat dieses Mannheimer Fröbel-Seminar schon voriges Jahr bei der Regierung nachgesucht, es möge auch bei ihm ein staatliches Examen eingeführt werden. Das wurde abgelehnt. Statt dessen aber wurde, nicht lange später, für die vom Frauenverein übernommene Anstalt in Karlsruhe ein solches Examen eingeführt. Infolgedessen ist die Mannheimer Anstalt in ihrer Existenz gefährdet. Denn selbstverständlich werden diejenigen, die Kindergärtnerinnen werden wollen, künftig an diejenige Anstalt gehen, an der sie ein staatliches Examen ablegen können. Ich bin der Auffassung, daß keine sachlichen Gründe ersichtlich sind, warum die Regierung eine Monopolstellung für Karlsruhe schafft. So viel ich weiß, hat sich auch der Stadtrat von Mannheim der Sache angenommen und hat eine entsprechende Eingabe an die Regierung gemacht. Ich hoffe, daß hier eine befriedigende Lösung erreicht werden und daß die Regierung ihre ablehnenden Standpunkte verlassen wird. Schließlich noch ein Wort über die Universitäten.

Der Herr Abg. Kopf hat — wie auch früher schon — gewünscht, daß die großen Kosten, die uns durch die Hochschulen auferlegt werden, mehr als bisher von den Städten mitgetragen würden. Sie kennen den alten Streit zwischen Freiburg und Heidelberg darüber. Dejenigen Abgeordneten, die weder in Freiburg noch in Heidelberg gewählt sind, werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß beide Städte sich gegenseitig wenig vorzuwerfen haben und wenn ich sage, sie hätten beide das ehrliche Bestreben, die Last möglichst an sich abzugeben. Wenn aber der Herr Abg. Kopf sagt, er wünche, daß in dieser Beziehung die Städte künftig mehr zueinander als bisher, so bin ich in der angenehmen Lage, Mannheim als das Muster in dieser Richtung vorzustellen. Mannheim hat die einzige Hochschule des Landes, die bisher seinen Pfennig aus Staatsmitteln bekommen hat:

die Mannheimer Handelshochschule,

ein Institut, das sich in den letzten paar Jahren sehr stark entwickelt hat, ohne daß der Staat auch nur einen Pfennig dazu beigetragen hätte. Als die Handelshochschule gegründet wurde, war meine Partei, hauptsächlich aus finanziellen Gründen, eine Gegnerin dieser Gründung. Inzwischen hat sich die Situation jedoch geändert, daß eine große Stütze dazu kam, welche die Entwicklung der Handelshochschule erleichtert hat. Inzwischen ist auch der Besuch zugenommen und der Ausbau war ein erster. Ich glaube aber, daß die Regierung auf die Dauer kaum wird ihren Standpunkt festhalten können, daß eine Hochschule in Mannheim, die Handelshochschule, von der Unterstutzung ausnimmt. Dabei will ich namentlich betonen, daß einen ganz großen Prozentsatz der Besucher dieser Handelshochschule diejenigen Hörer darstellen, welche später vom Staate als Handelslehrer verwendet werden: Also auch schon von diesem Gesichtspunkte aus wird die Frage zu prüfen sein, ob man auf die Dauer sich ablehnen dazu verhalten kann, daß auch hier eine Unterstutzung, ein Staatszuschuß, nötig ist. Dann hat der Herr Abg. Kopf auch die Frage angeschnitten, daß bei der

Beziehung von Lehrstellen an den Universitäten

künftig mehr die Parität gewahrt werde. Er hat selber schon vorausgesehen, was ihm geantwortet werden wird. Ich glaube, auf diesem Gebiete wird der Grundsat der Konfessionalität ein derartig unmöglicher sein wie auf dem Gebiete der Beschäftigung wissenschaftlicher Lehrkräfte. Die Beschäftigung nach dem Grundsatz der Tüchtigkeit ist das Richtige. Wenn der Herr Minister erklärt hat, er habe in einem bestimmten Falle gar nicht gewußt und sich gar nicht darum gekümmert, welcher Konfession der eine der von der Fakultät vorgeschlagenen Professoren gehöre, so ist das der korrekteste Standpunkt. Ich glaube, ein Minister, der bei der Auswahl von Professoren sich davon leiten ließe, welche Konfession ein Bewerber hat, würde damit seine Pflicht verletzen. Er hat einfach zu prüfen,

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Neu einstudiert:

„Das Wintermärchen“.

Schauspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

(Nach der Uebersetzung von Schlegel und Tied.)

350 Jahre sind nun im Zeitlauf dahingeflossen, seit Englands größter Dramatiker, William Shakespeare, am 23. April des Jahres 1564 zu Stratford-on-Avon das Licht der Welt erblickte. Den Tag der Dichtergeburt mit Pietät zu begehen, hiebte man sein „Wintermärchen“ neu ein, das am Montag abend unter Otto Kienjerschs vorzüglicher Leitung seit 8 Jahren hier wieder einmal in Szene ging. Des Dichters „Julius Cäsar“ oder der geschlossene „Königsdramen“, Julius waren uns allerdings lieber gewesen. — Wenn man das „Wintermärchen“ als Shakespeares letzte Arbeit in der Gattung der dramatischen Dichtung betrachtet und von der noch später verfassten mißlungenen Dichtung Heinrich VIII. abliest, so hat er damit seine dichterische Tätigkeit hochbedeutung abgeschlossen. Das Stück dürfte gegen 1611 entstanden sein. Den Stoff entnahm Shakespeare einer 1588 erschienenen Novelle „Pandofo“ von Robert Greene, unter bedeutenden Abweichungen jedoch in der Handlung und den Charakterzeichnungen. Das Stück ist ganz eigenartig und von den herkömmlichen dramatischen Regeln abweichend aufgebaut, indem darin nicht, wie sonst öfter bei Shakespeare, zwei nebeneinander laufende Handlungen dramatisch verknüpft werden, sondern die Haupthandlung nach dem dritten Akt gänzlich abbricht und sich nach sechsjähriger Unterbrechung in ganz selbständiger Entwicklung fortsetzt, bis der von Shakespeare frei erfundene Schluß des Stückes wieder an den ersten Teil anknüpft und das Ganze harmonisch verbindet und löst. Das „Wintermärchen“ trägt, wie „Cymbeline“, in Sprache, Versbildung und Aufbau die entschiedensten Merkmale seiner Abtammung aus Shakespeares letzter Dichtersperiode.

Unser vor trefflicher Meister der Farbe, Dir. Albert Wolff, hatte für die Neuenstudierung ein entsprechendes neues Bühnenbild geschaffen. Neben der einheitlichen Farbengrundstimmung und neben dem architektonischen streng-einfachen Formenstil, war es auch die Betonung und Wahrung der Intimität, die diese Neuschöpfung Wolffs würdig seinen bisherigen anspricht. Jeder Bühnenausschnitt wurde so durch die vorherrschende Ruhe seiner vornehm-einfachen Komposition zu einem Meisterwerk moderner Bühnentechnik Innenbeleuchtung. In diese neue und sinnvolle Saenerie stellte nun Otto Kien-

welcher der wissenschaftlich am meisten Befähigte ist. Der Herr Abg. Kopf ist soweit gegangen, dem Minister vorzuschlagen, daß er direkt einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Universitäten verjagen solle. Er hat ihm erklärt, der Minister solle sich im einzelnen Fall gar nicht an die Vorschläge der Fakultäten halten, sondern solle mit hohem Griff dazwischen fassen und solle, wenn die Fakultät nicht genügend Katholiken vorschläge, selbständig vorgehen und andere holen. Er hat damit wohl an das Beispiel von Straßburg und an einzelne preußische Beispiele gedacht. Ich meine, der Herr Minister wird dieser Anregung nicht folgen, sondern er wird den Universitäten das Recht der Selbstverwaltung unverkümmert lassen. Wenn der Herr Abg. Kopf gesagt hat, es sei sicher, daß bei den Vorschlägen der Fakultäten manche Menschlichkeit unterlaufe, kann ich ihm nur recht geben. Es ist kein Zweifel, daß, wie jedes Recht, so auch dieses Recht der Fakultäten schon mißbraucht worden ist. Das kann uns aber nicht dazu veranlassen, das Selbstverwaltungsrecht preiszugeben. Das Selbstverwaltungsrecht der Universitäten ist eine wertvolle Erbschaft der Vergangenheit. (Abg. Kopf: Es ist überhaupt kein Recht, es ist eine alte Übung; der Herr Minister stellt doch an.) Ich glaube, Herr Abg. Kopf, Sie haben doch sonst einigen Respekt vor Traditionen und alten Übungen. Nur hier, wo es sich um diese Angelegenheit handelt, stellen Sie sich auf einmal auf den Boden und den Buchstaben des Gesetzes. Das ist mir auch vorhin bei der Freireligiösen-Frage aufgefallen. Wenn ich daran denke, wie Sie selber bei der Jesuitengefrage dafür eingetreten sind, daß man nicht den Buchstaben des Gesetzes anwende, sondern daß man der Regierung die Möglichkeit geben müsse, durch Verordnungen sich den Verhältnissen im Lande anzupassen, und wenn ich damit vergleiche, wie Sie sich jetzt bei der Frage der Freireligiösen genau an den Buchstaben des Gesetzes halten, dann muß ich sagen: Ihre Parteigründe gestatten Ihnen eine sehr große Elastizität der Taktik. Der Herr Abg. Kopf hat dann auch noch über die Ausländerfrage

gesprochen. Wir haben ja früher eine Debatte darüber hier schon gehabt. So viel ich weiß, ist die Zahl der Ausländer, die in Baden studieren, erheblich zurückgegangen. Nennigstens trifft das für die Universitäten zu und, soviel ich weiß, auch für die Technische Hochschule. Ich habe die Ziffern aber nicht bei der Hand. Ich glaube auch nicht, daß durch eine kleine Erhöhung der Kollegiengebühren für die Ausländer an dem Zustand irgend etwas geändert würde. Was speziell die Russen betrifft, so ist ein großer Teil derselben deswegen zu unsern Hochschulen gekommen, weil sie durch rüchstandige, barbarische Bestimmungen in ihrem Heimatlande dort keine Gelegenheit haben, die Universitäten zu besuchen. Wenn sie dann bei uns Gastrecht suchen, so glaube ich, es ist wenig ritterlich, wenn man ihnen da vorwirft, daß besonders viele Russen zu uns kommen und bei uns an den Universitäten etwas hören wollen. Der Herr Abg. Kopf hat dann noch angeregt, ob man nicht vielleicht aus Ersparnisgründen die

Hochschule für Forstwissenschaft

eingehen lassen solle. Das hat auf den ersten Blick etwas Bestehendes. Es handelt sich ja nur um ganz wenige Leute, die jedes Jahr ausgebildet werden. Zwei, drei oder vier Leute jedes Jahr das Examen zu machen. Andererseits habe ich — ich will mich nicht festlegen — doch das Bedenken, daß wir in Baden besonders große Waldbestände haben und ich weiß nicht, ob durch die Ausbildung unserer Forstleute an einer fremden Hochschule in einem anderen Land die Sorgfalt der Ausbildung und die Gelegenheit, durch Anschauung etwas zu lernen, nicht kleiner wird. Darüber wird vielleicht die Regierung uns sachmännliche Auskunft geben. Wenn wir in der Richtung die Gewißheit hätten, daß die Ausbildung nicht leidet, dann wäre allerdings die Ersparnis, die hier erzielt werden könnte, eine begrüßenswerte. Wir haben Gelegenheiten genug, wo wir 100 000 M. im Etat einsehen können. Ich will nur an den Punkt erinnern, der uns in den nächsten Tagen beschäftigt, an die Arbeitslosenversicherungsfrage. Ich glaube, daß das badische Land von der Verwendung von 100 000 M. für eine wirkliche Arbeitslosenversicherung mehr Nutzen hätte als von der Ausbildung von ein paar Forstassessoren im eigenen Lande. Ueber die Volkshochschule will ich mich nicht näher aussprechen, weil darüber mein Freund Cezik noch einiges zu sagen haben wird. Ich will jetzt nur mit einem Wort schon auf das

neue Lesebuch

zu sprechen kommen. Ich will auf Einzelheiten hier nicht eingehen, namentlich nicht auf die Frage der Ausstattung, die mir etwas armelig vorkommen ist. Aber was den Inhalt betrifft, so will ich meiner Freunde darüber Ausdruck geben, daß wir

viele alte, vertraute Geschichten wiedergefunden haben und daß sich daneben sehr viel Gutes und Neues vorfindet. Ich glaube, daß diese Modernisierung des Schul-Lesebuchs ein guter Griff gewesen ist. Nur eines habe ich bemerkt. Ich bin der Meinung — ich habe das schon bei einer früheren Ortsberatung zum Ausdruck gebracht —, daß die Schule bei ihren allgemeinen Erziehungsaufgaben eine wichtige Aufgabe nicht vernachlässigen darf und das ist die

Aufklärung über den Alkoholismus.

Ich hätte gewünscht, daß in diesem Schul-Lesebuch im einen oder andern Stück, nicht in aufdringlicher lehrhafter Weise, dem Lehrer Gelegenheit gegeben wäre, über die Frage des Alkoholismus aufklärend zu wirken. Vielleicht könnte das bei anderer Gelegenheit, z. B. in dem Lesebuch für ein späteres Schuljahr, für die oberen Klassen — dieses Lesebuch bezieht sich ja nur auf die unteren Schuljahre — nachgeholt werden. Ich würde es für außerordentlich wichtig halten, wenn im Kampf gegen den Alkoholismus die badische Schule im Vordergrund stehen würde. Man kann über die Frage des Alkoholismus, über die Frage der Abstinenz und Nichtabstinenz, soweit erwachsene Leute in Frage kommen, verschiedener Meinung sein. Darüber wollen wir uns nicht streiten. Aber darüber ist vollkommene Einmütigkeit, daß für die Jugend, für die Entwicklungsjahre der Alkohol ein Gift ist (sehr richtig!). Ich glaube, die Lehrer müßten schulpflichtmäßig verpflichtet sein, an der Hand des Lesebuchs in dieser Beziehung einzugreifen und aufklärend zu wirken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Neumann (Nat.): Man kann nicht, wie das Abg. Kopf tat, von einem allgemeinen Verfall in den Materialismus sprechen. Unsere Jugend schöpft heute neue Kraft aus Wald und Feld. Dies sind Erscheinungen, die beweisen, daß neue Strömungen im Gange sind. Mit dem Ausschleiden von Salkwürd aus dem Unterrichtsministerium scheid ein Stück badisches Schulleben aus. Sowohl die Theorie wie die Praxis beherzichte er in vollem Maße. Durch seine persönliche Fähigkeit wirkte er in jeder Hinsicht abmildernd. Neulich arbeitete auch der ebenfalls ausgeschiedene Geheimrat Dr. Oster mit Leib und Seele an unserem Schulleben. Mit diesen Personalveränderungen ging auch eine gewisse Organisationsänderung vor sich. An Stelle des Fachmannes trat ein Jurist. Dies ist von der badischen Lehrerschaft nicht begrüßt worden. Ich möchte wünschen, daß der badischen Lehrerschaft bald die Genugtuung wird, an entscheidender Stelle wieder einen Fachmann zu sehen. Ich muß es mir aus persönlichen Gründen erlauben, mich zu den vom Abg. Kopf aufgeworfenen Fragen des Jesuitengebietes, der Ordensfragen, der Freireligiösen usw. zu äußern. Ich werde beim Etat des Kultus darauf zurückkommen. Was unsere Hochschulen betrifft, so können wir uns nicht zurückziehen, wenn es sich darum handelt, unseren Teil an der Entwicklung der Wissenschaft zu tragen. Was die Karlsruher Forsthochschule betrifft, so kommt hierbei unser großer Fortbestand in Betracht. Man hat auf die Aufhebung der württembergischen tierärztlichen Hochschule hingewiesen. Man muß jedoch berücksichtigen, welche Stimmung dies in Württemberg auslöste. Daran müssen auch wir denken. Den Minister möchte ich bitten, auch in der Folge bei Besetzung der Lehrstühle an den Hochschulen nur an die Tüchtigkeit zu denken, nicht aber nach der Konfession zu fragen. Um die allgemeine Regelung des Volkshochschulunterrichts wird der badische Staat nicht hinwegkommen. Beachtung verdient die Alkoholfrage. Das Herz tut einem weh, wenn man bei Ausflügen Kinder vor einem Glas Bier sitzen sieht. Hier ist es Aufgabe der Schule, Aufklärung zu schaffen und vor allem die Eltern auf die Bedeutung dieser Frage aufmerksam zu machen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Muser (F. Sp.) teilt mit, daß er sich zu den verschiedenen Fragen bei der Beratung des Kultusministeriums äußern werde.

Abg. Bauschbach (Konf.) wendet sich gegen die Trennung von Staat und Kirche. Die Aufhebung des Jesuitengebietes ist Sache des Reichstags. Bei der allgemeinen Finanzdebatte erklärte ich, daß ich mich als Protestant nicht für Klöster erwärmen könnte. Unsere Hochschulen kosten viel Geld. Das Volk sieht nicht ein, warum vom Staat so viel Geld für die alademische Ausbildung ausgegeben wird. Die Studierenden der Forsthochschule könnten auch an anderen Schulen ausgebildet werden. Die Ausführungen bezüglich der Verlegungen über den Alkohol sind zu unterschreiben.

Kultusminister Dr. Böhm: Die Befürchtungen des Abg. Kopf über den Materialismus teile ich nicht. Es macht sich jetzt unter unserer Jugend ein Zug des Idealismus bemerkbar. Daneben laufen allerdings subjektive und individualistische Strömungen, die zu beachten sind, weil sie die Autorität untergraben können. Es herrscht außerdem heute ein Zug ins Freie. Was das Verhältnis von Staat und Kirche betrifft, so kann ich dem Abg. Dr. Frank nicht folgen. Wenn ich das Verhältnis nur unter dem Gesichtspunkt von Staatsverwaltung und Kirchenverwaltung betrachten würde, so wäre ein Schnitt allerdings das einfachste. Die Sache liegt jedoch anders. Staat und Kirche stehen als festgezurzelte Autoritäten da, aus denen unser öffentliches Leben beruht. Man muß die Frage unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß das Volk wünscht, daß beide Autoritäten miteinander gehen. Was die Jesuitenfrage betrifft, so erklären wir, der Staatsminister und ich, daß wir bereit sind, an den Verhandlungen im Bundesrat hierüber teilzunehmen und wir die strenge Interpretation des Bundesrates nicht für glücklich halten. Der Aufhebung sind wir allerdings nicht zugeneigt. Im Falle der Aufhebung müßten die einzelstaatlichen Bestimmungen weiterhin Geltung haben. Bezüglich der Frage der Männerklöster sind wir bis jetzt noch nicht weitergekommen. Als badischer Minister sehe ich, wie ich bereits erklärte, nicht auf dem Standpunkt einer prinzipiellen Ablehnung. Wir müssen bei dieser Frage bedenken, daß es sich um einen Zustand handelt, der seit Bestehen des Großherzogtums vorhanden ist. Aufs energigste muß ich den Staatsminister b. Dusch dagegen verteidigen, daß früher die Verhandlungen hierüber nicht ernst gemeint gewesen seien. Wir werden nunmehr erneut in Verhandlungen treten. Wenn wir die Frage erneut behandeln, so muß der § 9 des Gesetzes geändert und auf das Gesetz von 1860 zurückgegriffen werden. Hierbei würde dann dem Landtag Gelegenheit gegeben werden, seine Ansicht hierzu zu äußern. Was die Lehrtätigkeit der Ordenspersonen betrifft, so muß bei der Frage in Weßelhausen, zwischen privater und öffentlicher Lehrtätigkeit unterschieden werden. Die Mitglieder der Klöster sind in einer Weise ihren Oberen unterstellt, daß sich Schwierigkeiten bei der Lehrtätigkeit ergeben. Wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten sich heute schon zwischen den Lehrern und den weltlichen Geistlichen ergibt, so bekommt man einen Begriff, wie die Sache erst bei den Klösterangehörigen wird. Was die Stellung der geistlichen Lehrer betrifft, so habe ich früher schon einmal meinen Standpunkt dargelegt. Einen Verzicht auf kirchenrechtliche Vorschriften verlange ich nicht. Was ich verlangte, lag in der Möglichkeit des erzbischöflichen Ordinarats. Früher lag kein Anlaß zum Vorgehen vor; jetzt haben sich jedoch die Verhältnisse geändert. Was für mich ausschlaggebend war, war das Komum der Auflegung der Eidesleistung des Modernisteneides. Dies war etwas Neues für die Beamten. Was den Fall des geistlichen Lehrers betrifft, so hatte sich dieser in einer Weise verhalten, die ein disziplinares Verfahren notwendig machte. Die Kurie wußte die Verfehlungen des Beamten; während wir in Unkenntnis gehalten wurden. Erst später wurden wir in Kenntnis gesetzt. Da muß dem Staat die Disziplinarergewalt verbleiben. Es steht

schon äußerst wirksame Bühnenhandlungen. Die von ihm aufgeführten Waffengruppen bildeten gleichsam einen einzigen Atem und mochten und agierten mit eck Reinhardtigem Leben und Impuls. Kienjerschs „Wintermärchen“ Einstudierung vertrat den weichen, tiefstehenden und organisatorisch-praktischen Regisseur; gleichzeitig aber birgt sie auch eine Fülle dramaturgischer und reinästhetischer Werte von vorbildlicher Bedeutung. Wenn wir uns mit etwas nur schwer abzuschätzen vermögen, so ist dies die Kostümfarbe. Zum Apollo-Orakel wollen uns die frühmittelalterlichen Kostüme selbst zu phantastisch dünne und wir glauben, es dürfte der Handlung nichts weiter ausmachen, erwählte man Gewänder des klassischen Mythos. Doch dies nur nebenbei und ohne das große Verdienst der Regie schmälern zu wollen.

Die darsstellerischen Leistungen standen durchweg auf einer sehr beachtenswerten Höhe und zeigten von der künstlerisch vorzüglichen Qualität unseres Schauspielensembles. So zunächst die beiden Könige. Felix Baumbach als der von Eifersucht zur Verzweiflung getriebene „Leontes“. Sein Spiel war von innerer Leidenschaft durchglüht bis zur Erkenntnis seines großen Unrechts, das an aber mit einem sanften Ton von Milde und verständnisvoller Güte behelligt. Würdevoll und edel-freundlich verflochten sich die beiden „Polixenes“. Mit sympathischen Strichen zeichnete Josef Marx seinen „Camillo“ und auch Wilh. Waffermann verlieh seinem „Antigonos“ sehr lebensvolle Züge. Nach sehr unbeholfen war Ernst Stigmann als „Horizel“. Für ihn ist noch ein eifriges Studium die Hauptbedingung. Man hätte gerade diese Rolle gern in anderen Händen gewußt. Für die komischen Figuren folgten in eck Shakespeareschem Stil und Sinn die bewährten Kräfte des Ensembles: Hugo Höder als „Autolycus“, Paul Gernede als „alter Schärer“ und F. v. Krone als dessen „Cohn“. An der Spitze der weiblichen Rollen stand untreuig Melanie Ermarth durch ihre seelenvolle Wiedergabe der „Demione“. Durch tiefempfundene Schlichtheit zu erhellender Größe erhoben war ihre Rechtfertigung vor dem Gericht. Auch Marie Frauendorfer verdient für ihre entschlossene, zungenstarke und schließlich alles ausführende „Paulina“ uneingeschränktes Lob. Mit Anmut wußte Hedwig Holm ihre reizende „Kerbita“ auszufassen und gerne erwähnen wir noch die jüngste Darstellerin Liane Harb, die trotz ihres fast noch kindlichen Alters das kleine Königsjüngchen „Manilius“ sehr findig und gewandt darstellte.

Für die Aufführung benützte man Gumpertsches Musik, die den einzelnen Szenen eine nicht immer ganz „faßbare“ Weisung gab. Karl Walker leitete mit bestem Bewußtsein die musikalische Ausschmückung. Das gutbesetzte Haus nahm die Aufführung mit Interesse und lebhaftem Beifall entgegen. W. Sch.

in der Nacht des Ordinariats, hier eine Einigung mit uns zu erzielen. Ich will klare Verhältnisse haben und hoffe auf eine Verständigung mit der Kurie. Bis jetzt hat kein Geistlicher unter dem Zustand gelitten; nach wie vor sind Professoren ernannt worden. Die Staatsbehörde muß jedoch gewahrt werden. In der Stellung der Freireligiösen hat das Ministerium immer den gleichen Standpunkt eingenommen. Durch die Schulbehörden ist hier jedoch eine kleine Änderung vorgenommen worden. Bezüglich der Religionsunterrichtsverteilung ist dies nur den Israeliten außer den evangelischen Kirchen gewährleistet. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Freireligiösen Gemeinden. Die Freireligiöse Gemeinde in Mannheim hat zwar Korporationsrechte und das Recht der öffentlichen Gottesverehrung. Sie ist in dieser Hinsicht anerkannt. Sie hat aber nicht das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichts. Die Regierung will jedoch die von der Gemeinde Mannheim gegenüber der Freireligiösen Gemeinde gewährten Rechte nicht beschneiden. Es sind hieran allerdings gewisse Verpflichtungen gebunden, daß die Voten im Zeugnis der Kinder erscheinen. Die badische Unterrichtsverwaltung hat die Freireligiösen in ihrer Entwicklung nicht gehindert. Aber es ist zu berücksichtigen, daß das Vorgehen des Stadtrates in Freiburg die Neutralität verletzte. Wie bekämpfen die Freireligiösen nicht; verweisen sie jedoch auf den privaten Unterricht. Unser Hochschullehrer steht als Muster im Reich da. Es ist richtig, daß die Handels-Hochschule in Mannheim von Mannheim bestritten wird. Es ist jedoch richtig, daß der Staat von Anfang an betonte, daß er eine Unterstützung nicht gewähren könnte. Die Fortschule, die nun seit 1882 besteht und sich große Verdienste erworben, kann von der Regierung nicht leichtfertig aufgehoben werden. Ich möchte dringend abraten, in jetziger Zeit die Fortschule aufzuheben. Ich will durchaus nicht verkennen, daß auch in Fakultäten Menschlichkeiten vorkommen. Aber gegen den Vorwurf von Klientelwesen, oder Bevorzugung irgend einer Konfession möchte ich entschieden in Schutz nehmen. Ich möchte nochmals betonen, daß ich in den allerwenigsten Fällen weiß, welcher Konfession ein Professor war und was für ein Landeskind er ist. Es kann einzig und allein die Tüchtigkeit in Frage kommen. Im übrigen ist in allerletzter Zeit ein starker Andrang von Katholiken zum Studium zu verzeichnen, so daß in einigen Jahren genügend Bewerber vorhanden sind. Zudem wurde auf der letzten Tagung der Oberstudienrat in Freiburg betont, daß zurzeit nicht genügend katholische Kandidaten vorhanden sind. Wegen der Ausländerfrage in den Universitäten sind verschiedene beschränkende Verfügungen erlassen worden. Teilweise entstehen uns durch den Besuch der Ausländer keine besonderen Kosten. Selbstverständlich dürfen hierdurch die Einheimischen nicht benachteiligt werden. Daß die Ausstattung des neuen Volksschullehrerbuchs eine arbeitsreiche ist, kann ich nicht zugeben. Den Ausführungen der verschiedenen Redner gegen den Alkohol kann ich nur zustimmen. Die Ausführungen des Hg. Lehmann über Ministerialdirektor v. Sallwürd und Ministerialrat Dr. Oster haben mich gefreut. Ich kann mich den Dantesworten nur anschließen.

Präsident Mohrhut teilt mit, daß ein Antrag Muser (Fortchr.) und Genossen betr. Zusatz zu Abs. 2 § 40 des Schulgesetzes einging (siehe unten).

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Dem Landtag ist ein Antrag Muser (F. Sp.) u. Gen. zugegangen: Die Regierung wird ersucht, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen mit folgendem Zusatz zu Abs. 2 § 40 des Schulgesetzes: Der Lehrer hat aber jederzeit das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts, weil seiner persönlichen Überzeugung widersprechend, abzulehnen. Eine solche Ablehnung ist ohne jeden Einfluß auf die Benutzbarkeit des Unterrichtens in weltlichen Fächern.

Wie man die Bureaukratie betrügt.

Von der Wiege bis zur Bahre wird der Preuze vom Schumann begleitet. Sein Eintritt ins Leben wird polizeilich registriert und nicht minder sein Abschied aus diesem irdischen Jammertal. Dazwischen liegen unzählige An- und Abmeldungen und von jedem einigermaßen wichtigen Ereignis, das sich im Dasein des Untertanen abspielt, nimmt die Behörde entsprechend Vermerk. Ihrem scharfen Auge entgeht nichts. Alles steht in ihren Akten, und ergibt sich einmal ein Zweifel, so stellt sie intensive Nachforschungen an, beordert den, in dessen Papieren nicht alles vollkommen in Ordnung ist, ein Duzend Mal auf das Polizeiamt und nimmt ihn bis zur befriedigenden Lösung aller strittigen Fragen unter ihre ganz besondere Kontrolle.

Preußen ist eben ein Staat, in dem Ordnung herrscht, in dem alles nach der Regel geht, in dem einwandfreie Ausweispapiere und Zeugnisse die wichtigsten Requiriten des Bürgers sind und die wesentlichen Vorbedingungen für die ruhige und unge störte Abwicklung seines Lebens bilden.

Umso schmerzlicher muß es berühren, daß in einer so wohlgeordneten Monarchie gelegentlich Dinge vorkommen können, wie sie eigentlich nur in Republiken oder in anderen zweifelhaften Gemeinwesen passieren dürften. So wie jetzt die Geschichte mit dem zweiten Bürgermeister von Köslin, den man am Dienstag in Berlin verhaftet hat.

Ein Bureau-Assistent bei der Kreisparafasse von Nieder-Barnim wird wegen Unterschlagungen zu 400 Tagen Gefängnis verurteilt. Vor völliger Abbüßung seiner Strafe wird er vorübergehend entlassen, ist dann aber nicht mehr aufzufinden. Er hat sich die Papiere eines Assessors verschafft und eine Stellung bei der Stadtverwaltung in Weitzenfels gefunden. Von dort geht er als Hilfsassessor zum Magistrat in Bromberg, der seine Papiere feiner genaue Prüfung unterzieht, „da es sich nur um eine Hilfsarbeiterstelle handelt“. Er verlobt sich dort mit der Tochter eines hohen und begüterten Staatsbeamten und diese guten Beziehungen verhelfen ihm dazu, daß er unter 700 Bewerbern für die Stelle eines zweiten Bürgermeisters in Köslin ausersiebt wird. Hätte er dort nicht die ungläubliche Dummheit begangen, eine Geldforderung, die eine frühere Geliebte an ihn stellte, mit Drohungen zu beantworten, durch die der Staatsanwalt auf ihn aufmerksam wurde, so würden wir ihn sicher in einiger Zeit an der Spitze einer größeren Stadt haben begrüßen können.

Man kann dem Ganner, der die königlich preussische Bureaukratie so hübsch hinter das Licht geführt hat, etwas von der lächelnden Sympathie entgegenbringen, die dem Hauptmann von Köpenick in so reichem Maße zu teil wurde. Sein Fall beweist aufs neue, daß jemand, der die Freizügigkeit besitzt, in die Gülle eines Angehörigen der höheren Kreise, eines Offiziers oder eines Juristen zu kriechen, den Nachschüfflungen und Verfolgungen am ehesten entgeht. Vor einem Hauptmann oder einem Assessor hat eben jedermann in Preußen einen solchen Respekt, daß er von dem bürokratischen Prüfungsapparat verschont bleibt, der im wesentlichen nur die Angehörigen weniger bevorzugter Schichten ergreift und besonders auf diejenigen eingestellt ist, die irgendwie in dem Verdacht einer bedenklichen politischen Gesinnung stehen.

Das „große Reinemachen“ bei der Kölner Polizei. Nach dem Kölner Polizeiprozess ist bekanntlich das Kölner Polizeipräsidium durch Ministerialkommissare und einen Polizeimajor revidiert worden. Präsident v. Wegmann hat inzwischen seinen Abschied genommen; jetzt wird nun noch polizeioffiziell mitgeteilt, wie man die Verfehlungen seiner Untergebenen zu „säubern“ gedenkt. Zunächst sind gegen mehrere Polizeikommissare — es handelt sich hier vor allem um die Empfänger der Frühstückskörbchen — wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen in ihrer amtlichen Tätigkeit empfindliche Geldstrafen verhängt worden; im Interesse des Dienstes sollen sie ferner sämtlich verlegt werden. Die Kriminal-Untersuchungsbeamten, die vor Gericht behaupteten, bei ihren geringen Vigilantengeldern auf Geschenke angewiesen zu sein, sind „in Verhinderung gewisser milderer Umstände“ mit einem disziplinarischen Verweis bestraft worden. Dagegen nimmt das förmliche Disziplinarverfahren gegen die am schwersten belasteten Polizeieinspektoren Kaatz, Wotich, Sandhülz und Eiben seinen Fortgang, nachdem die gerichtliche Untersuchung damit geendet hat, daß sie sämtlich außer Verfolgung gesetzt wurden! Durch allerhand Reformmaßnahmen gibt man sich der Hoffnung hin, daß in Zukunft derartige Verfehlungen nicht mehr vorkommen werden.

Deutsche Politik.

Es kommt sehr überraschend, daß das Strafverfahren gegen die vier Inspektoren eingestellt worden ist; die Verhandlung gegen den Genossen Sollmann hat wahrlich genügend Verweis dafür geliefert, daß die passiven Verfehlungen die Amtshandlungen jener Herren keineswegs beeinflusst ließen. Allerdings hätte die Staatsanwaltschaft mit einer Anklage einen recht schweren Stand gehabt, denn in der Verhandlung gegen Sollmann ließ ihr Vertreter die Vergehen jener Herren in denkbar mildestem Lichte erscheinen und sprach von der besonderen Stimmung im „alten, fröhlichen Köln“. Ja, es scheint, daß auch die disziplinarischen Strafen nicht allzu scharf ausfallen werden. Der jetzige Inspektor Kaatz wird von Hannover nach Breslau versetzt. Inspektor Wotich hingegen wird pensioniert. Der neue Kölner Polizeipräsident v. Glanap hat am Montag sein Amt angetreten. Die christlich-soziale Presse sagt ihm übrigens nach, er sei ein Anhänger der „alten Stöderischen Richtung“.

Reiche Kirchenfürsten. Kardinal Ropp hat, wie sich bei Eröffnung des Testaments ergab, ein Privatvermögen von 7 Millionen Mark hinterlassen. Als Universalerbe ist das Breslauer Domkapitel eingesetzt, außerdem erhalten die Beamten des Domkapitels, sowie die Mitglieder des Domchors Legate im Betrage von 300 bis 500 Mk. Durch diese Zuwendungen soll etwa eine Million von der Erbschaft abgehen. Die katholische Kirche darf aber immer noch mit dem „Sparfuss“ und dem Erwerbserfolg des Kardinals Ropp zufrieden sein. Ropp war, bevor er den Geistlichen-Veruf ergriff, Telegraphen-Gehilfe und wie die katholische Presse bei seinem Tode rühmte, hat er sich aus verhältnismäßig ärmlichen Verhältnissen bis zum Kardinal hinaufgearbeitet. Ererbte er denn doch diese 7 Millionen nicht. Sie sind der Ertrag seiner Geistlichen-Tätigkeit. Wieviel weiter haben es doch die Gottesdiener der heutigen Zeit gebracht als Christus, dem sie dienen wollen, und der nach der biblischen Erzählung nichts hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

Ob wohl die Zentrumspresse, die sich monatlang unter frecher Verwältigung der Wahrheit mit der Hinterlassenschaft Vebeles beschäftigte, nun auch Betrachtungen über die 7 Millionen Hinterlassenschaft des Kardinals Ropp anstellt?

Zeugnis-Zwangsverfahren.

Von dem Braunschweiger Antikörper Brandes wurde gelegentlich einer Vernehmung im Vorverfahren Genosse Bunge zu 100 Mk. Geldstrafe oder 8 Tage Haft verurteilt. In den letzten Wahlrechtsverhandlungen in Braunschweig waren Zettel verteilt worden, in denen zu einem Demonstrationzuge aufgefördert wurde. Die Polizei will nun gegen einige Genossen wegen Verbreitung der Zettel und Veranstaltung der Züge, bei denen die Polizei schachtmatt gesetzt wurde, vorgehen. Sie weiß jedoch nicht, wer die „Missetäter“ sind. Und in dem deswegen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sollen Arbeiter durch das Zeugnis-Zwangsverfahren gezwungen werden, der Polizei Dienste zu leisten. Wer nur irgendwie im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht, wird gerichtlich vernommen. Genosse Bunge ist Kassierer der Orts-Parteiorganisation; von dem Zeugnis-Zwangsverfahren gegen ihn erhofft die Behörde die Enthüllung des Zettelgeheimnisses. Wegen seiner Verurteilung ist Beschwerde erhoben worden.

Nationalliberale und Konservative.

Seit einiger Zeit streiten sich Konservative und Nationalliberale darüber, wer die Schuld an dem Zerfall des Willoblocks trägt. Der bei dem Zerfall des Blockes aus der nationalliberalen Partei emigrierte frühere Abgeordnete für Jena, Lehmann, ein mehr nasenweiser als beachtenswerter Politiker, war rasch mit der Erzählung bei der Hand, daß die Schuld an Woffermann und Dr. Wiemer von der fortschrittlichen Volkspartei gelegen habe. Der Führer der Konservativen, v. Normann, habe eines Tages zu positiver Arbeit gemahnt, und daraufhin habe Woffermann sofort eine nationalliberale Fraktionsführung anberaumt und dort erklärt, die Konservativen hätten den Block gekündigt.

In der Zwischenzeit hat bereits Dr. Wiemer die Erklärung abgegeben, daß er mit der Sache gar nichts zu tun gehabt, v. Normann auch mit ihm nicht gesprochen habe. Jetzt stellt die „Nationalliberale Korrespondenz“ fest, daß auch die Woffermann betreffende Mitteilung des Herrn Lehmann von Jena nicht stimmt. Woffermann habe bei jener Aussprache mit dem konservativen Führer ausdrücklich gefragt, ob seine Worte als Kündigung des Blockes aufzufassen seien. Darauf habe v. Normann eine Verlegenheitswendung gebraucht, die für jeden, der sehen und fühlen wollte, deutlich genug gewesen wäre, und dann erst hätten die Nationalliberalen die Blockkündigung durch die Konservativen als Faktum betrachtet.

Der ganze Streit ist heute höchst gleichgültig. Angehts der Sammlungsbestrebungen, die von den Nationalliberalen und von einigen Konservativen mit Eifer betrieben werden, schadet es aber nicht, auch diesen Beitrag zur Geschichte des Willoblocks zu registrieren.

Badische Politik.

Der Kaplan als Störer des Gemeindefriedens. Das Zentrumsblatt in Donaueschingen, der „Donaubote“, wird von einem katholischen Geistlichen, dem Kaplan Dr. Bauer, redigiert. Wie dieser Herr in seinem Blatt arbeitet, ist aus folgender Erklärung zu ersehen, die der Bürgermeister dieser Lage veröffentlicht hat: „Der Bericht des „Donauboten“ über die Bürgerausschüttung vom 16. April enthält eine Reihe Unrichtigkeiten und Entstellungen des Gergangs der Sitzung und der erörterten Fragen. Da ich von jeher bestritten habe, daß die politischen Blätter, insbesondere der „Donaubote“, das zuständige Forum sind, vor denen unsere Gemeindepolitik zu rechtfertigen ist, muß ich es mir auch im vorliegenden Fall verjagen, die Deffektivität mit den Einzelheiten zu befallen, so sehr es an der Zeit wäre, dem Treiben des Berichterstatters des „Donauboten“ einmal den richtigen Namen zu geben. Ich vermahne mich nur in aller Form gegen die unberechtigten und teilweise demütigenden Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung, und erkläre die seit Jahren zu beobachtende tendenziöse Berichterstattung des Herrn Dr. Bauer als eine dem Gemeindefrieden störende und die Autorität untergrabende. Friedrich Schön, Bürgermeister.“

Das ist also die Partei, die angeblich für den „Frieden“ und die „Autorität“ eintritt.

Der Kampf des Zentrums gegen die Quertreiber.

Gegen die „Integralen“ regt der „Bad. Beobachter“ eine Kundgebung des gesamten badischen Zentrums an. Das Blatt meint, der Integralismus spiele in Baden zwar keine erhebliche Rolle, aber immerhin könne eine Kundgebung ähnlich der in Essen usw. abgehaltenen nichts schaden. Man scheint also doch die weitere Ausdehnung des Integralismus in Baden zu fürchten, denn gegen „einzelne Personen“ eine große Kundgebung zu veranstalten, hieße mit Kanonen nach Spagen schießen, was man in der Regel bekanntlich nicht zu tun pflegt.

Wie die Stimmung im Zentrumslager gegen die „Integralen“ ist, zeigt übrigens eine Zuschrift, die der „Bad. Beobachter“ heute veröffentlicht, und in der es heißt: „Hinaus mit jedem Quertreiber, wer er auch sei, und lasse es, was es wolle! Das muß jetzt nicht nur gesagt, es muß jetzt ausgeführt werden durch die Tat, und zwar ohne Verzug! Treu zu unserm Bader!“

Wenn eine andere Partei in diesem Tone von ihren Parteiangehörigen sprechen würde, hui, wie würde sich do die Waldmischelpresse entriisten!

Ordinariat und freireligiöse Bewegung.

Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg kommt Herrn Kultusminister Böhm zu Hilfe. Es hat eine 112 S. starke Schrift (Preis 40 Pf.) ausarbeiten lassen, in welcher der Nachweis zu führen gesucht wird, „daß die Freireligiösen keinerlei staatliche Unterstützung empfangen dürfen“. Daß der katholischen Kirche durch die Dotation außer den sonstigen staatlichen Zuwendungen mehr als 300 000 Mark zufließen, bestätigt das Ordinariat nicht im mindesten. Gerechtigkeit über alles! Die angekündigte Schrift enthält die folgenden Kapitel, woraus man ihren Inhalt leicht erraten kann:

- 1. Die Freireligiösen und die Sittlichkeit; 2. Gemeinsames Bekenntnis; 3. Das „Bekenntnis“ der Freireligiösen und die Sittlichkeit; 4. Gemeinsame Gottesverehrung; 5. Verfassung; 6. Gewissensfreiheit. — Dissidentenfindex. — Gutachten der katholischen Kirchenbehörde.

Die Erbauung einer Nebenbahn von Linsheim nach Kufheim.

Der heute der Zweiten Kammer zugegangene Gesetzentwurf über die Vervollständigung des Staatsbahnnetzes enthält neben dem Projekt der Reichthalbahn die Erbauung einer Nebenbahn von Linsheim nach Hochstetten, Niedolsheim bis Kufheim. In der Begründung zu dem Bahnprojekt wird u. a. ausgeführt, daß eine gute Verbindung mit Karlsruhe für die Bewohner der in Frage kommenden Gemeinden von besonderer Bedeutung ist. Die Bahn beginnt in der Station Linsheim und endigt bei Kufheim. Als Zwischenstationen der 6 Kilometer langen Bahn sind die Orte Hochstetten und Niedolsheim vorgesehen, die für Personen- und Güterverkehr eingerichtet werden. Die Baukosten sind auf 610 000 Mk. veranschlagt. Die größte Steigung der Bahn ist 1:100. Die neue Stichbahn dient ausschließlich dem Verkehr der drei zum Amtsbezirk Karlsruhe gehörigen Orte Hochstetten, Niedolsheim und Kufheim. Der Güterverkehr der drei Orte ist verhältnismäßig umfangreich und dürfte sich nach der Eröffnung der Bahn noch steigern. Nach den Berechnungen der Staatsbahnverwaltung übersteigen die jährlichen Betriebskosten die vermuthlichen jährlichen Einnahmen der Bahn um 18 000 Mark. Wenn gleich, so wird in dem Projektentwurf gesagt, auch durch die wahrscheinliche Verkehrsentwicklung, welche die Bahn mit sich bringen wird, eine allmähliche Minderung des ungedeckten Aufwandes der Staatsbahnverwaltung zu erwarten ist, muß doch mit einem nicht unerheblichen dauernden Ausfall gerechnet werden. Immerhin erscheint dieses Dvier im Interesse der betreffenden Gemeinden vertretbar.

Aus der Partei.

Bildungsausschuss. Erfreulicherweise stellte der Zentral-Bildungsausschuss in Berlin dem Sekretariatsbezirk Mittelhessen auch in diesem Jahre einen Wanderlehrer zur Verfügung. Denselben, Wilhelm Meier aus Berlin wird das so wichtige Gebiet: „Entwicklung des Wirtschaftslebens“ in 6 Vorträgen behandeln, und zwar:

1. Die Arbeit als Grundlage aller menschlichen Existenz und Gesellschaft.
2. Die altgermanische Markensystem und andere kommunistische Wirtschaftsweisen. Das Wirtschaftsleben der auf Sklaverei beruhenden antiken Gesellschaft.
3. Die Wirtschaftsweise unter der mittelalterlichen Grundherrschaft.
4. Die Entwicklung der Städte und des städtischen Handels.
5. Kapitalistische Produktion durch Kooperation, Manufaktur, Maschinen.
6. Der heutige Großkapitalismus und die ihm innewohnenden Tendenzen zum Sozialismus.

Die Vorträge finden wie folgt statt:

Karlsruhe: Dienstag und Freitags bezw. am 8., 12., 15., 18., 21., 25. und 28. Mai.

Durlach: Mittwochs und Samstags bezw. am 9., 13., 16., 19., 23. und 27. Mai.

In Forstheim: Montags und Donnerstags bezw. am 11., 14., 18., 21., 25. und 28. Mai.

Wir erwarten, daß nicht nur die Genossen aus den vorgenannten Orten, sondern auch diejenigen aus den umliegenden Gemeinden zahlreich an diesen Vortragskursen teilnehmen. Die Teilnehmergebühren betragen für alle 6 Vorträge zusammen 1 Mk. Anmeldungen nehmen entgegen:

Für Karlsruhe: Oskar Trinks, Baumeisterstr. 50.
Für Durlach: Fr. Weber, Landtagsabgeordneter.
Für Forstheim: Gustav Schmidt, Gymnasiumstr. 149, und die Expedition der Forstheimer „Freien Presse“.
 Das Parteisekretariat, Bez. Trinks.

Kommunalpolitik.

Städtische Regie über Gesellschaft? Der Stadtrat von Mannheim hatte in der Frage, was vorzuziehen sei: Selbstherstellung des Gases im städtischen Gaswerk oder Bezug von dem geplanten Gaswerk der Oberhessischen Eisenbahngesellschaft, über die man in den städtischen Kollegien schon wiederholt lebhaft debattiert hat, die Gaswerksdirektoren Krenge-Klein, Renze-Bochum und Anderson-Hannover mit der Erhaltung eines gemeinsamen Gutachtens beauftragt, das in der letzten Stadtratssitzung zur Kenntnis gebracht wurde. Im Eingang des Gutachtens betonen die Sachverständigen, daß sie sich von den durchaus neuzeitlichen Einrichtungen, der Leistungsfähigkeit und dem vorzüglichen Zustande des Gaswerks Luzenbergs überzeugt haben. Sie entwickeln dann ihre Ansichten über die fruchtigen Fragen in längeren Ausführungen auf Grund eines reichen Zahlenmaterials und kommen zu dem Schluß, daß, nachdem die Stadtgemeinde Mannheim ihr neues Gaswerk Luzenberg noch im Jahre 1910 wesentlich erweitert und mit den neuesten Einrichtungen versehen und damit neue hohe Kapitalaufwendungen für das Werk gemacht hat, der Zeitpunkt vorüber ist, an dem es für die Stadt vorteilhaft gewesen wäre, zum Bezug von Gas aus Luzenberg überzugehen.

Gewerkschaftliches.

Scharfmachereien gegen die Maifeier. Der Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe, Berlin S. W., Gieselerstraße 2, erließ unter dem 16. April 1914 folgendes Rundschreiben:

„An die verehrlichen Orts- und Bezirksverbände!
 Da der 1. Mai wieder bevorsteht, gestalten wir uns, unsere verehrlichen Ortsverbände darauf hinzuweisen, daß wir als Mitglieder der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verpflichtet sind die Maifeier abzusagen!
 Danach bitten wir Sie, in Ihren Mitgliederkreisen eventuell durch eine Versammlung darauf hinzuweisen, daß die Maifeier nicht gestattet wird und daß das den Gewerkschaften und Arbeitern ausdrücklich bekannt gegeben wird, unter Androhung einer Entlassung auf 3 Tage für den Fall, daß Gesellen trotzdem am 1. Mai der Arbeit fernbleiben!
 Wir bitten Sie des ferneren, die extra feiernden Gesellen und Arbeiter auf 3 Tage auszusperren und uns dann unverzüglich mitzuteilen, um wieviel es sich handelt!
 Wir machen darauf aufmerksam, daß die Maifeier als Kampfmittel dienen soll gegen den „Kapitalismus“, d. h. gegen das selbständige Unternehmertum und unsere wirtschaftliche Ordnung. Wenn aber von Arbeitgeberseite diesen Maßnahmen energigehalt Einhalt geboten wird, so hat sich gerade in dieser Frage noch immer ein voller Erfolg gezeigt, und zwar besonders deshalb, weil die Gewerkschaften durch die Unterstützung, die sie infolge unserer Aussperrungsmaßnahmen zahlen müssen, zu sehr belastet werden.
 Wir rechnen darauf, daß diesmal in unserem Verbände die Ablehnung der „Maifeier“ energigehalt und konsequent durchgeführt wird.“

Hochachtungsvoll
 Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe. Der Geschäftsführer: Dr. G. Harneß.

Die Angabe über den Zweck der Maifeier ist in dem Schreiben etwas sehr dürftig ausgefallen, aber vielleicht wirkt es in dieser Form gerade auf die Schlossermeister am besten. Daß die kleinen Scharfmacher es doch immer den großen gleich tun wollen, oder sie gar in der Scharfmacherei übertrumpfen. Nun hat Hjalmar Maifeier sollte doch auch den verehrlichen Schlossermeistern gelernt haben, daß gerade sie nicht die Ausserwählten sein können, ihr den Garau zu machen.

Schneiderstreik in der Schweiz! In den Städten Basel, Luzern, St. Gallen, Zürich, Thurgau und Gossau stehen die Schneider im Streik. Nachdem die Schneidermeister sich bei früheren Lohnbewegungen bereits zweimal vorgeblich bemüht, die Arbeiter durch eine Aussperrung zu demütigen, versuchen sie es diesmal, wie aus einem in unsere Hände gefallenen vertraulichen Schreiben des Meisterverbandes hervorgeht, überall Streikarbeit unterzubringen und Streikbrecher anzubringen. Ein die Schneider Deutschlands ergeht deshalb der dringende Ruf, die Schweiz unter allen Umständen zu meiden. Arbeiter-Mitglieder werden um Abbruch gebeten.

Die Streikleitung. Der Arbeiterbund Basel.

Ans der „christlichen“ Internationale. Der in Holland bestehende „christliche“ Bergarbeiterverband hat den Vertreter zum deutschen „christlichen“ Bergarbeiterverband beschickt. Angesichts der Tatsache, daß den modernen Gewerkschaften von dieser Seite aus alle möglichen vaterlandsverräterischen Motive unterzogen werden, wenn sie die Verbindungen mit den Bruderorganisationen des Auslands in Theorie und Praxis pflegen, ist dieser Beschluß recht bemerkenswert.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 9 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend. — Friehens Dimmelfahrt. — Ideale und Klassenkampf. — Der vorgeschichtliche Mensch. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Vom Kriegsschauplatz. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Veitlage: Fischer. Erzählung von Johan Bojer. — Der Tag der Tat. Gedicht von Maria Müller. — Schülermat. — Wie ein plastisches Kunstwerk entsteht. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen.) — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Haenisch. — Bücher für die Jugend. — Kreuz und quer durch den Baltan. Vespersion von Curt Bising.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

Karlsruhe, 22. April.
 Unter sehr großem Andrang des Publikums begann heute vormittag halb 10 Uhr die Verhandlung gegen den am 13. Dezember 1883 zu Dresden geborenen Maler und Modelleur Albert Philipp Hugo Wobst, den am 24. Juli 1878 hier geborenen Dekorations- und Kunstmalers Arthur Kaiser und den am 24. März 1894 hier geborenen Schlosser R. W. wegen Münzverbrechens.

Die Verhandlung wurde geleitet von Landgerichtsdirektor Ojer. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Rudmann und die Rechtsanwältin Krausmann, Dr. Häfelin und Max Oppenheimer führten die Verteidigung der Angeklagten.

Einem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Anschluß der Öffentlichkeit wurde nicht stattgegeben. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß Wobst und Kaiser gemeinschaftlich inländische Münzen nachgemacht und Wobst diese in Umlauf gebracht habe, und daß W. sich des Verbrechens dieses Verbrechens schuldig gemacht habe, indem die beiden ersteren im Lauf des vorigen Jahres im Kellerraum des Kaiser im Hause Friedenstr. 20 hier mit Hilfe von Gipsformen durch Guss falsche 1-, 2-, 5- und 10-Markstücke herstellten und Wobst von diesem Geld verausgabte. W. wird beschuldigt, daß er, als Kaiser und Wobst zunächst verurteilt, Geld zu prägen, Werkzeug dazu zur Verfügung gestellt und auch selbst zwei Prägestempel zur Herstellung von falschem Geld gefertigt habe. — Die Vernehmung der Angeklagten dauerte den ganzen Vormittag an und wurde um 1 Uhr abgebrochen. Die Sitzung wurde um 3 Uhr wieder aufgenommen.

Die drei Angeklagten lernten sich im Frühjahr v. J. kennen und Wobst, der seiner bei Junfer u. Kuh hier in Arbeit stand, fand später Beschäftigung bei Kaiser. Letzterer war früher einmal in Monte Carlo gewesen und gelegentlich kam zwischen ihm und Wobst die Rede darauf, daß in Monte Carlo viel mit falschem Geld gespielt werde. Wie Kaiser und Wobst heute übereinstimmend erzählten, kamen sie schließlich auf den Gedanken, sich französisches Goldgeld anzufertigen, mit dem dann in Monte Carlo gespielt und gewonnen werden sollte. Zunächst wollte man auf dem Wege des Prägeverfahrens Geld machen und Wobst zog deshalb den Schlosser ins Vertrauen, den er auf der Messe kennen gelernt hatte. W. sollte aus der Werkstatt seines Vaters die erforderlichen Werkzeuge beschaffen und sollte auch die Prägestempel anfertigen. W. tat dies auch und da sie nur ein französisches Goldstück hatten, das Kaiser von Monte Carlo mitgebracht hatte, so beschloßen sie, wie sie behaupten, zu ihren Versuchen, ob es möglich sei, einen Prägestock herzustellen, zunächst Goldstücke zu verwenden, um das französische nicht zu gefährden. Der Versuch, mit einem 10 Mark-Stück mislang, der Prägestock war nicht brauchbar, auch ein 2 Mark-Stück ergab kein besseres Resultat. Diese Arbeiten wurden anfänglich in der Werkstatt des Vaters des Dr. vorgenommen und zwar nur von Wobst und Dr. Kaiser beteiligte sich zu dieser Zeit noch nicht an den Versuchen. Mit der Zeit erfahnen beiden das Arbeiten in der Werkstatt zu gefährlich und sie siedelten mit Feldschmiede, Ambos und Werkzeug in das Haus Kaiser, Friedenstr. 20, über, wo Kaiser ihnen einen Kellerraum überließ, in dem fernherbin weiterexperimentiert wurde. Die Versuche, einen brauchbaren Prägestock herzustellen, schlugen fehl und Wobst kam dann auf den Gedanken, Geld in Gipsformen zu gießen. In den diesbezüglichen Versuchen beteiligte sich Dr. nicht mehr, sie wurden im Keller Kaiser's vorgenommen und zwar von letzterem und Wobst gemeinschaftlich. Auch diese Arbeiten kamen, wie die Beschuldigten behaupten, über das Versuchsstadium nicht hinaus. Nur einige wenige Münzen sollen so gelungen sein, daß sie hätten zur Not ausgegeben werden können. Dies tat denn Wobst auch trotz des Verbots Kaiser's und als er im „Freischiß“ ein falsches 2 Mark-Stück anbringen wollte, wurde er erwischt und der Polizei übergeben, nachdem kurze Zeit vorher schon im „Königener“ eines der Stücke, das er in Zahlung geben wollte, zurückgewiesen worden war. Auf dem Transport ins Gefängnis will Wobst noch eine Anzahl falscher Stücke weggeworfen haben; ein 10 Mark-Stück davon wurde einige Zeit später in einem Automaten in der Kaiserpassage gefunden.

Was die Persönlichkeiten der Angeklagten anbelangt, so ist Wobst ein schwer vorbestrafter Mensch, der unter allen möglichen falschen Namen, auch obdienen, jahrelang im Land herumzog und die verschiedenartigsten Verufe ausübte. Er arbeitete in der Landwirttschaft, war in Stellung als Krankenwärter, arbeitete dann bei Junfer u. Kuh als Gipsputzer, bis er schließlich Kaiser und Modelleur bei Kaiser wurde. Mit 15 Jahren wurde er schon wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt; nach Entlassung aus der Strafhaft ließ er sich irgendwo Ausweispapiere auf einen fremden Namen und lebte in der Folge unter diesem. Bei Gelegenheit einer Strafuntersuchung gegen ihn wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Anstalt eingewiesen und von zwei Professoren für geisteskrank erklärt. Aus diesem Grunde wurde auch u. a. ein früher schon einmal gegen ihn wegen Falschmünzerei eingeleitetes Verfahren wieder eingestellt. Hier in Karlsruhe taugte er unter einem adeligen Namen auf, unter dem er auch mit Kaiser bekannt wurde. Später lehrte er zu seinem gewöhnlichen Namen Wobst zurück, den er bis heute beibehält. Auch in der heute zur Verhandlung stehenden Angelegenheit wurde er wieder auf seinen Geisteszustand untersucht. Der mit der Untersuchung betraute Sachverständige Geh. Medizinalrat Dr. Kaiser hält Wobst im Gegensatz zu den früheren Gutachten für geistig völlig gesund. Wobst selbst macht überhaupt nicht geltend, geisteskrank zu sein, verweigert dagegen, die ihm heute zur Last gelegte Tat mit voller Ueberzeugung bezeugen zu haben.

Der Angeklagte Kaiser ist in Mann mit guter Bildung und Erziehung; er hat hier ein gutes Dekorationsmalergeschäft mit einem guten Einkommen. Bestraft ist er jeztlich nicht, bezw. sehr unbedeutend.

Der jüngste der drei Angeklagten, der 21jährige Dr. entstammt einer vollen bürgerlichen Familie; ihm wird von allen Seiten der beste Leumund ausgestellt. Er wird als anständig und fleißig gefehlt.

Die Geschworenen sprachen Wobst und Kaiser des Münzverbrechens unter Zustimmung mildernder Umstände im Sinne der Anklage schuldig. Bezüglich des Angeklagten Dr. hatte der Staatsanwalt die Anklage wegen versuchten Münzverbrechens fallen lassen. Die

Geschworenen verneinten dementsprechend die daran gerichtete Schuldfrage und bejahten eine auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwält Max Oppenheimer gestellte Schuldfrage nach Beihilfe zur Herstellung von Formen, die zur Verübung eines Münzverbrechens dienlich sind. (Berzehen gegen § 161 R.St.G.B.)

Das Urteil lautete gegen Wobst auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen Kaiser auf 10 Monate Gefängnis und gegen Dr. 3 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verzucht sind. Auch den übrigen Verurteilten werden 3 Monate Untersuchungshaft auf die Strafen angerechnet.

Schwindelbürgermeister Thormann.

Berlin, 22. April. Heinrich Thormann, der gestern in Berlin verhaftete zweite Bürgermeister von Köslin, wurde heute vormittag auf dem Polizeipräsidium vernommen. Das einzige Geständnis, das er bisher abgelegt hat, ist, daß er nicht Dr. jur. Eduard Alexander heiße, sondern Heinrich Thormann. Darüber, wie er seine Legitimationspapiere gefälscht hat und wie es ihm gelungen ist, auf Grund dieser Papiere seine Stellungen in Weihenfels und Bromberg zu erlangen, verweigert er bis jetzt jede Auskunft. Heinrich Thormann ist heute wieder verschiedenen Personen gegenübergestellt worden, die ihn noch von früher her kannten und mit aller Bestimmtheit erklärten, daß er der damalige Kreisaußwärtigen-Beauftragte Thormann sei.

Köslin, 22. April. Die Konferenz, die gestern abend zwischen dem Bürgermeister, dem Staatsanwalt und dem Regierungspräsidenten stattfand, hat nichts wesentliches zutage gefördert. Der Schwiegervater Alexanders traf gestern abend hier ein, um seine Tochter in das Elternhaus zurückzuführen.

Köslin, 22. April. Der wegen Schwindelverbrechen verhaftete Bürgermeister von Köslin, Thormann, hatte alle Vorbereitungen zu einer Flucht nach Brasilien getroffen. Er hatte einige hundert Mark so angelegt, daß sie ihm jederzeit zur Verfügung standen. Er war feinerzeit auf seine glänzenden Bromberger Zeugnisse hin gewählt worden. Dort hatte er einen ungeheuren Arbeitsseifer entwickelt. Da er bei seinen oft bis 3 Uhr nachts währenden Arbeiten zu viel Gas im Kuche verbraucht wurde ihm schließlich ein bestimmtes Dezerat gegeben, um seinen Eifer zu beschränken.

Köslin, 22. April. Wie die hiesige Staatsanwaltschaft mitteilt, findet die Verhandlung gegen den früheren zweiten Bürgermeister von Köslin in ungefähr 6 Wochen vor der Strafkammer des Landgerichts statt. Gegen Thormann ist nunmehr ein Haftbefehl wegen des Verdachts der Nichterfüllung einer Strafe wegen intellektueller Urkundenfälschung und Annahme eines öffentlichen Amtes erlassen worden. Der erste Haftbefehl war wegen Verdachts der Erpressung ausgestellt worden.

Berlin, 22. April. Der Kösliner Schwindelbürgermeister Thormann hofft, daß es ihm auch später wieder gelingen werde, durch seine Fähigkeiten eine Existenz zu finden. Auch glaubt er, daß sich seine Frau nicht von ihm abwenden werde.

Neues vom Tage.

Einbruchsdiebstahl.
Berlin, 21. April. In der vergangenen Nacht wurde am Dönhofsplatz ein großer Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Die Diebe hatten im 1. Stock der Wollewarenfirma von F. Neumann in der Kommandostraße den Fußboden aufgebrochen und waren in die darunter liegenden Geschäftsräume der Firma hinabgeglitten, wo sie den Gelbfischanz öffneten. Sie erbeuteten 8000 Mk. bares Geld. Außerdem nahmen sie noch Waren in demselben Werte mit. Auf dem Rückwege packten die Verbrecher in den Räumen der Firma Spider u. Co. noch für 2000 Mk. Wästen und Kleider zusammen.

Eine Diebstahls-Tagodie.
Leipzig, 21. April. Eine Tragödie, die erst heute zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommt, hat sich am Samstag in der Kaserne des Grenadierregiments Nr. 100 in Leipzig abgespielt. Der im 2. Jahre dienende Soldat Meier aus Hannover war gerade dabei, den Schrank des Waffensmeisters Bernart zu erbrechen, da er wußte, daß darin eine größere Geldsumme, etwa 400 Mk., sich befand. Als der Waffensmeister in das Zimmer trat und Meier überraschte, ergrieff dieser einen Hammer und zerkümmerte dem Waffensmeister den Schädel. Bernart brach schwer verletzt zusammen. Meier flüchtete und konnte in der Kaserne zunächst nicht gefunden werden. Später fand man ihn in einer Schreibröhre tot am Boden liegend. Er hatte sich mit seinem Dienstgewehr in den Mund geschossen, wobei der Schädel vollständig auseinanderplatzte. Die Leiche Meiers wurde bereits nach Hannover zur Beerdigung transportiert.

Revision der Gräfin.
Leipzig, 21. April. Vor dem Reichsgericht fand heute die Revisionsverhandlung in dem Prozeß gegen die Gräfin Treuberg statt, die wegen Mordes, Verleumdung und Betrugs zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Gegen das Urteil hatte sowohl die Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat beide Revisionen als unbegründet verworfen.

Die falsche Gräfin.
Zürich, 21. April. In Bogen hat eine Angestellte eines dortigen Geschäfts, welche sich Gräfin Clermont nannte und für eine Verwandte des Statthalters Grafen Loggenburg ausgab, verschiedenen Geschäftslenten Beträge über 50 000 Kronen abgelockt. Der Schwindel kam heraus, als die Betragenen bei der letzten Anwesenheit des Statthalters in Bogen Zahlung verlangten. Die falsche Gräfin wurde auf Befehl des Statthalters verhaftet.

Zusammenstoß eines deutschen Ingenieurs mit türkischen Arbeitern.
Paris, 21. April. Der Korrespondent des „Temps“ berichtet in einer Art, die an deutschfeindlicher Tendenz nichts zu wünschen übrig läßt, über einen Zusammenstoß eines deutschen Ingenieurs an der Bagdadbahn, welcher die Arbeiten an der Euphratbrücke Diabolos leitete, und türkischen Arbeitern. Diese waren mit den Arbeitgebern wegen Lohnfreizügigkeiten in Differenzen geraten und eine Abordnung wollte dem Ingenieur ihre Wünsche vortragen. Sie wurden jedoch mit der Heftigkeit und Stöckelungen empfangen. Darauf zogen sich die Kurden auf das andere Ufer zurück und erzählten ihren Anführern die ihnen widerfahrene Behandlung. Die Kurden bewaffneten sich darauf mit Säbeln und Revolvern, um sich an den Ingenieur Hoffmann zu rächen. Hoffmann, der die Gefahr sah, in welcher er schwebte, verlor den Kopf und ließ eine Lokomotive mit Vollampf über die Brücke sausen, als sich gerade die Kurden dort befanden. Ein Teil von diesen wurde überfahren, ein anderer Teil in die hochgehenden Fluten des Euphrat geschleudert, wo sie ertranken. Auf der Brücke fand man 13 Tote und 43 Verletzte. Die Zahl der Ertrunkenen wird sich wohl niemals feststellen lassen. Die europäischen Ingenieure und Arbeiter konnten nur durch Willkür, das schleunigst an die Stelle getand wurde, vor der Niedermetzung gerettet werden. Die Ertragung ist ungeheuer und man bestreitet einen Aufstand der rachsüchtigen Kurden. Der Korrespondent des „Temps“ fügt hinzu, die Meldung sei ihm so unwahrscheinlich vorgekommen, daß er sich an Ort und Stelle begab, wo ihm jedoch die offizielle Beitätigung zuteil wurde. Der deutsche Konsul in Aleppo soll dem flüchtigen Hoffmann Vorstoß geleistet haben.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* Vorstandswahl in der Ortstrankenkasse. Die 12 Vorstandsmitglieder der Ortstrankenkasse sollen am Sonntag, den 10. Mai in einer Ausschusssitzung gewählt werden.

* Ein Hochreservoir soll im Gewann Holzmann beim alten Unterwiesheimer Weg gebaut werden. Diese Wasserwerkung käme auf 100 000 Mk. Dadurch wird es ermöglicht, die Gebäulichkeiten in den höheren Lagen mit genügend Wasser zu versorgen.

Offenburg.

* Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Samstag, den 25. April, abends 1/9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anter“ die Generalversammlung statt.

* Gernsbach, 22. April. Zwei Kinder spielten hier und frohen unter einem mit Röhren bespannten Wagen. In dem Moment, als der 5 1/2 Jahre alte Fritz Steiner seinen Kopf unter das Rad hatte, zogen die Tiere an und das Rad ging dem Kinde über den Kopf, sodaß der Tod sofort eintrat.

* Forbach, 22. April. Ein 40jähriger Chemiker, Vater von sechs Kindern aus Scheuern, verging sich an einem vierjährigen Mädchen. Der Mord wurde gestern nachmittag verhaftet und in das Amtsgefängnis zu Gernsbach eingeliefert.

* Mannheim, 22. April. Heute nacht brach im Stadtwalde bei Waldhof vermutlich durch einen weggeworfenen Zigarrenstummel ein Waldbrand aus. In einem Umkreise von einem Quadratmeter verbrannten Bäume und Sträucher. Das Feuer konnte schließlich von der Feuerwehr gelöscht werden.

* Weisbach, 22. April. Auf dem Rhein kam es zu einem Schiffsunfall. In einem zu Tal fahrenden Dampfer „Kendel 3“ rissen die Drahtseile und die beiden schwerbeladenen Anhängeschiffe rannten gegen den elsässischen Uferbau. Dieser und die Schiffe wurden erheblich beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. April.

Die Maifeier

Der Karlsruher Arbeiterschaft wird in diesem Jahre in zwei Lokalen abgehalten und zwar am Freitag, 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Sälen des „Apollo“, Marienstrasse, und des „Kühlen Krug“. Zur Abwicklung kommt in beiden Veranstaltungen ein gediegenes und auch unterhaltenes Programm. Neben musikalischen Darbietungen und Vorträgen der Arbeitergesangsvereine sind wieder Vorträgen der freien Turnerschaft, die immer großen Anhang finden, vorgesehen. Die Festrede wird im „Apollo“ von Gen. Dr. Kullmann und im „Kühlen Krug“ von Gen. Kolb gehalten. Nach Schluß des Programms ist Tanzunterhaltung.

Die Genossinnen und Genossen seien schon jetzt auf die Maifeier aufmerksam gemacht, es ist aller Pflicht, dafür zu sorgen, daß beide Veranstaltungen einen Massenbesuch aufzuweisen haben, sodaß auch die Jubiläumsmatinee in Karlsruhe sich zu einer würdigen und nachdrücklichen Demonstration für die Forderungen des Proletariats gestaltet.

Der Vorverkauf der Programme beginnt morgen, wir oerweisen auf das in morgiger Nummer erscheinende diesbezügliche Inserat.

Jugendausflug.

Auf die heutige gemeinsame Veranstaltung der Stadt und Mühlburg sei nochmals besonders hingewiesen. Da das Sonnenmann'sche Lied „Jugendweih“ ein Wechselgesang zwischen Alten und Jungen, eingeübt werden soll wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Wir werden im morgigen Unterhaltungsblatt das Lied Sonnenmann's der den Lesern der Arbeiter-Jugend unter dem Schriftstellernamen: Jürgen Brand bekannt ist, zum Abdruck bringen. Die Red.) Die Zusammenkunft findet im Nebenzimmer

der „Nacht am Rhein“, Ecke Ritter- und Gartenstraße, um 8 Uhr statt.

Das Programm zur Schulentlassungsfeier findet infolgedessen eine Ergänzung, als eben dieses schöne Lied noch eingeschaltet wird. Dabei sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Feier am Sonntag nachmittags pünktlich um 4 Uhr im Saale des „Apollo“ beginnen muß, wegen anderweitiger Vergebung des Saales für den Abend. Auch richten wir wieder und immer wieder an die Eltern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, daß ihre Söhne und Töchter sich nur der Jugendbewegung anschließen, die sie ihrem, der Eltern, Denken und Streben nicht entfremdet, was zweifellos in der konfessionellen und staatlichen Jugendbewegung der Fall ist.

* Für den Scherf-Abend, der zum besten der Ferienkolonien für arme, kränkliche Kinder der Männergesangsverein „Concordia“ am Samstag, halb 9 Uhr abends, im großen Festhallsaale veranstaltet, zeigt sich in allen Kreisen der Bürgerchaft ein großes Interesse, was sich in der lebhaften Nachfrage nach Eintrittskarten (zum Preise von 2 Mk. bis 50 Pf. abwärts) kundtut. Da es sich in diesem Falle zugleich darum handelt, für die bedürftigen und kränklichen Kinder unserer Stadt zum Aufenthalt in den Ferienkolonien mit dem Ertrag des Konzertes einen möglichst großen Beitrag zu spenden, so sind diesmal alle persönlichen Eintrittsbegünstigungen auch für die direkt eingeladenen Konzertbesucher aufgehoben, weil sicher niemand mit seinem Scherflein zurückzusehen möchte. Das inzwischen fertiggestellte Programm weist unter den Chorliedern des Vereins, wie unter den Sololiedern und Duetten (Frau Konzertfängerin Paula Meckler und Herrn Hofopernsängerin Frau Meckler), die schönsten Scherflichen Dichtungen in vortrefflichen Vertonungen auf und ebenso hat Herr Hofkapellmeister Baumbach für seine Rezitationen die wirksamsten Gedichte Scherf's, erster und heiterer Art, ausgesucht. Auch das an das Konzert angereihte Bankett im kleinen Festhallsaal, zu welchem jeder Konzertbesucher eingeladen ist, verspricht bei der Anwesenheit und Mitwirkung der Konzertbesucher und namentlich des alten „Gegänglers“ R. Stöcker, dessen Lieber zur Laute Scherf einft auf der Mettnau so gern gelauscht, einen besonders schönen Verlauf.

* Verein Volkshilfe. Zu dem am Samstag in der Festhalle stattfindenden Scherf-Abend des Gesangsvereins „Concordia“ erhalten sowohl die persönlichen wie die korporativen Mitglieder Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 30 Pf. Die Karten können auf dem Bureau, Kademeierstraße, bezogen werden.

* Tanz-Abend in der Festhalle. Für den Tanz-Abend in der Festhalle am Mittwoch, 29. d. M., ist soeben das Programm veröffentlicht worden. Das Balletensemble des Mainzer Stadttheaters, aus 15 der besten Tänzerinnen bestehend, hat in Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim und anderen Städten alle Erwartungen erfüllt. Ihm hat sich beigelegt das auf choreographischen Gebiete als hervorragend bekannte Tanzpaar Roma und Carla Salus, das eine brillante Technik entwickelt. Meister Bernhagen mit der Leigrenadierkapelle hat die Begleitung übernommen, er wird auch einige Musikstücke außerhalb des Tanzprogramms, ihm aber nahe verwandt, zum Besten geben. An die Aufführungen wird sich, vielfachen Wünschen entsprechend, eine allgemeine Tanzunterhaltung im großen Saale bis 1 Uhr nachts anschließen. Eintrittskarten für den Abend sind schon jetzt in den Vorverkaufsstellen (siehe Inserate und Plakatanschläge) zu haben.

Letzte Nachrichten.

Abschied des Statthalters.

Straßburg i. G., 22. April. Dem scheidenden Statthalterpaar wurde heute nachmittag von sämtlichen Musikkapellen der hier garnisierenden Regimenter eine Guldigung dargebracht. Die Kapellen boten unter Leitung des Obermusikmeisters Fischer vom Infanterieregiment 143 unter großem Andrang des Publikums eine Standmusik dar. Fürst und Fürstin Wedel empfingen die Generalität, die Minister, sowie die Unterstaatssekretäre a. D. Dr. Petri und Mandel und viele andere im Garten des Palais und wohnten dem Konzert bis zum Schluß bei. Als Gratulations- und Abschiedsspenden traf zu dieser Zeit eine Fülle prachtvoller Blumenpenden im Palais ein.

Eine Straßburger Meldung über Oberst v. Reuter. Straßburg, 22. April. Die „Straßburger Neue Zeitung“ berichtet aus Frankfurt a. D., daß sich Oberst von

Reuter in einem Gesundheitszustande befinde, der den Ausbruch des Typhus befürchten lasse. Hierdurch finde die außerordentliche Verbotsität des Obersten während der Ereignisse in Zabern seine Erklärung.

Der Streik am Simplontunnel.

Zürich, 22. April. Der Streik im zweiten Simplontunnel hat sich jetzt auch auf die schweizerische Seite des Tunnels bei Krieg ausgedehnt. Inzwischen haben italienische Arbeiter die italienische Seite des Tunnels besetzt. Die Arbeitsleitung will den Bau für drei Monate einstellen.

Kapitalistischer Arbeitermord mittels Lokomotive!

Paris, 22. April. Der „Petit Parisien“ gibt folgende Beschreibung aus Veitot wieder: Ein folgenschwerer Zwischenfall hat sich vor einigen Tagen in Dierabulos in Kleinasien in den großen Konstruktionslagern der Bagdader Eisenbahngesellschaft, die eine große Brücke über den Euphrat baut, ereignet. Einige Abgeordnete der dortigen Arbeiterschaft, die zum größten Teil aus Kurden besteht, wurden von dem Chefingenieur, als sie diesem ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen.

Die Marinevorlage der österreichischen Regierung.

Wien, 21. April. Anfang nächster Woche treten in Budapest die Delegationen zusammen. Das Hauptinteresse wird sich hierbei den Rüstungsforderungen der Regierung für die Marine zuwenden. Wie in politischen Kreisen verlautet, sollen durch einen einmaligen außerordentlichen Kredit von etwa 426 Millionen die Mittel zum Bau von Kriegsfahrzeugen angefordert werden. Nach sachmännischen Berechnungen dürften folgende Ertragschiffe teilweise schon in diesem Jahre auf Kiel gelegt werden: Vier Linienchiffe, vier Kreuzer, sechs Torpedobootszerstörer, acht Torpedoboots, zwei Monitore und etwa sechs Unterseeboote.

Trennung von Staat und Kirche.

London, 22. April. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales, das dem Unterhaus zum drittenmal unter der Herrschaft der Parlamentsakte vorliegt, mit 349 gegen 265 Stimmen angenommen.

Hollands Rüstungen zur See.

Amsterdam, 22. April. Die Regierung beschloß den sofortigen Bau zweier Dreadnoughts, deren Kosten sich ungefähr auf 100 Millionen Gulden belaufen werden.

Abreise Legiens von Sofia.

Sofia, 22. April. Der deutsche Gewerkschaftsführer Karl Legien hat es nicht vermocht, die beiden sozialistischen Parteien zu verböhnen und ist nach Bukarest abgereist. Die beiden sozialistischen Parteiorgane beschuldigen sich gegenseitig, die Veröhnung bereitet zu haben.

Konflikt zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Mexiko, 22. April. Einer offiziellen Meldung zufolge soll Guerta verschiedenen auswärtigen Regierungsvertretern erklärt haben, daß er nicht nachgeben und seine weiteren Versuche zur Lösung der gegenwärtigen Krise machen, sondern seine Zuflucht zu den Waffen nehmen werde.

Paris, 22. April. Der mexikanische Geschäftsträger in Paris de la Barra hat folgende Depesche von Guerta erhalten: „Wir sind im Augenblick im Kampf gegen die Landung der amerikanischen Kriegsmarine begriffen. Sie bedeutet ein unerhörtes Attentat gegen das Völkerecht.“

Advertisement for Mees & Löwe clothing store. Text: 'Das Beste vom Besten', 'Das Vorbild', 'Marke „DURO“', 'Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung', 'Mees & Löwe', 'Karlsruhe :: Kaiserstr. 46.' Includes an illustration of a man and a woman.

Advertisement for Verkehrs-Verein Karlsruhe. Text: 'Aufruf.', 'Das Jahr 1915 bringt unserer Stadt einen gewaltigen Fremden-Verkehr.', 'Das Jahr 1915 verspricht für Handel und Wandel reichen Gewinn.', 'Das Jahr 1915 zwingt den unterzeichneten Verein zu grossen Ausgaben.', 'Unser Verein kann seine Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er von allen Seiten durch Beitritt unterstützt wird. Wir bitten deshalb dringend, die Mitgliedschaft zu erwerben (Mindestbeitrag 3 Mark).', 'Verkehrs-Verein Karlsruhe.', 'Haupt-Geschäftsstelle: Rathaus. Zweig-Geschäftsstelle ab Juni: Verkehrsbüro im neuen Hauptbahnhof.'

Die Haltung der Rebellen.

Washington, 22. April. Die in offiziellen Kreisen berichtet wird, stehen die Generale Carranza und Villa im Begriff, mit der Regierung General Huertas gegen die Vereinigten Staaten gemeinsame Sache zu machen.

Abreise der Gesandten.

Washington, 22. April. Der mexikanische Geschäftsträger Algora wurde von Huerta angewiesen, von Staatssekretär Bryan seine Pässe zu verlangen.

Mexiko, 22. April. Dem amerikanischen Geschäftsträger Chauguessy stellte heute die mexikanische Regierung die Pässe zu.

Die Einnahme von Veracruz.

Washington, 22. April. Der amerikanische Konsul in Veracruz meldet, daß die Amerikaner in Veracruz 3000 Mann ausgeschickt haben. Der Kampf sei jetzt wahrscheinlich beendet. Eine weitere Depesche besagt, daß die Amerikaner vollständig Herr von Veracruz sind.

Veracruz, 22. April. Als heute weitere amerikanische Marineinfanterie gelandet wurden, wurden sie von mexikanischen Scharfschützen von den Dächern der Häuser im Stadtzentrum beschossen.

Washington, 22. April. Kontradmiraal Fletcher hat an die Einwohner von Veracruz einen Erlass gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, im Interesse der Menschlichkeit mit ihm an der Wiederherstellung der Ordnung zu arbeiten.

Washington, 22. April. Das Repräsentantenhaus hat ohne Debatte der von dem Senat angenommenen abgeänderten Resolution zugestimmt, in der dem Präsidenten die Berechtigung zuerkannt wird, die bewaffnete Macht in Mexiko zu verwenden.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ auf dem Wege nach Mexiko.

Berlin, 22. April. Die kriegerischen Entwicklungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben zur Erwägung geführt, zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen in Mexiko mehr Kriegsschiffe hinüberzuschicken. Es ist daher die beschleunigte Ausreise des Kreuzers „Karlsruhe“ nach den mexikanischen Gewässern beabsichtigt.

Wasserstand des Rheins.

23. April. Schifferinsel 2,85 m, gef. 0 cm, Neßl 2,13 m, gef. 8 cm, Maxau 4,76 m, gef. 4 cm, Mannheim 4,21 m, gef. 6 cm.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Linie“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Laplant“ der „Red Star Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 20. April wohlbehalten in New York angekommen.

Ein Gesundheitsquell

bei Blutmangel, Bleichsücht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist (z. B. nach Blutverlusten infolge Operationen, Wochenbetten etc., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza, zur Hebung des Ernährungszustandes bei ausbleibender Lungentuberkulose usw.), ist der Ramscheider Stahlbrunnen. Von ihm sagte Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Diebreich, „er ist ein Heilsschlag ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.“ Und schon für manchen, der sich infolge Blutmangels oder Verschlechterung der Blutbeschaffenheit matt und elend gefühlt hat, nervös und willensschwach geworden war, wurde der Ramscheider Stahlbrunnen eine Quelle der Kraft.

Urteil eines praktischen Arztes: Nach mehrjähriger Erfahrung bin ich zu der Anschauung gekommen, daß Ramscheider Stahlbrunnen die beste Eisen-Meditation der Gegenwart ist. Er ist praktisch genommen unbegrenzt haltbar und wird von den Patienten immer gern genommen. Auch enthält er das Eisen in der für den Organismus am besten resorbierbaren Form. — Mitteilungen über Anwendungsgebiete, Außerfolge, Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen, Woppat a. Rh. SW. 388.

Extrapreise für Sandalen

Table with 5 columns: 21/26, 27/30, 31/35, 36/40, 41/46. Row 1: 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 3.75. Row 2: Schuhhaus Emil Schwarz, Durlach, Hauptstrasse 69.

Schuhhaus Emil Schwarz, Durlach, Hauptstrasse 69.

Bekanntmachung.

Es ist neuerdings wiederum vorgekommen, daß Hausgeheimnisse feste Gehwegbedungen vor ihrem Anwesen haben selbst ausbessern lassen. Es wird deshalb wiederholt bekannt gegeben, daß entsprechend den Bestimmungen des Gemeindebeschlusses vom 26. August 1913 den Hausgeheimtümern das Recht zur Instandsetzung nicht mehr zusteht, sondern daß alle auf die Gehwegbedung sich beziehenden Arbeiten (Unterhaltung, Erneuerung, Neuherstellung) nur noch von der Stadtgemeinde (Tiefbauamt) ausgeführt werden dürfen. 497 Karlsruhe den 22. April 1914. Städt. Tiefbauamt.

Lieferung von Kleinpflastersteinen.

Die Lieferung von etwa 4000 qm Kleinpflastersteinen soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorzüge, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift, spätestens Freitag, den 1. Mai d. J., vormittags 10 Uhr bei uns einzureichen. Bedingungen und Angebotsvorzüge werden auf Verlangen kostenlos abgegeben. 496 Karlsruhe den 21. April 1914. Städt. Tiefbauamt.

Bekanntmachung.

In hiesigen Hundewinger, Schlachthausstraße 17, befinden sich folgende herrenlose Hunde: 1. Schäferhund, männl. 2. Dobermann, männl. 3. 4. weiß. 5. Mopsbastard, männl. Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bzw. versteigert. Karlsruhe, den 22. April 1914. Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 602

Lager sämtlicher Sorten Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle

per Paar von 60 S aufwärts, 600 Kinder von 40 S an sowie Kälben und Fleck bei Eugen Altmann Durlach, Pfingststraße 90. Galtshelle neue Bahnhofstraße. Durlach. Gelegenheitskauf. Guterhaltener Kandidaten-Badofen, auch 2 Protbadofen geeignet, billig zu verkaufen. Auerstr. 15, 2. St. 498

Tieg- u. Sitwagen

gut erhalten, billig abzugeben. Durlach, Waslerstr. 41, 2. St. r.

Bollständiger Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Jetzt kaufen Sie noch sämtliche Sorten Schuhwaren zu staunend billigen Preisen, da der Laden bald geräumt sein muß. 500 Schuhhaus „Hansi“ Karlsruhe, Ecke Kronen- und Markgrafenstraße.

Herrenkleiderstoff-Resie Gebisse. In nur ausgeübten 1a Qualitäten sind enorm billig abzugeben. Kaiserstraße 133 1. Treppe hoch. (Ecke Kaiser- und Kreuzstraße Eingang bei der kleinen Kirche). 494

Billige Preise! Herren-Anzüge . . Mk. 17.50 bis 45.— enorme Auswahl Jünglings-Anzüge . . Mk. 9.50 bis 30.— reizende Neuheiten Knaben-Anzüge . . Mk. 3.50 bis 19.50 neueste Machart Sport-Anzüge . . . Mk. 16.50 bis 39.50 Ia. Ia. Stoffe Gehrock-Anzüge . . Mk. 33.— bis 52.50 Hochzeits-Anzüge Wasserdichte Mäntel Mk. 16.— bis 28.50 sehr beliebt Pelerinen Mk. 9.75 bis 19.— wasserdicht Herren-Hosen . . . Mk. 2.50 bis 12.50 Riesen-Auswahl Loden-Joppen . . . Mk. 3.25 bis 11.— erprobte Qualitäten Sommer-Joppen . . Mk. 1.— bis 5.50 waschbar Lüster-Joppen . . . Mk. 4.25 bis 14.50 schwarz und blau Arbeits-Anzüge . . . Mk. 3.80 bis 5.— blau, Ia. Ia. Qual. Strong feste Preise! Reellste Bedienung! Hertenstein Inh.: Fr. Kuch Herrenstrasse 25. Rabatt-Marken = 5% Rabatt. 489

Donnerstag und Freitag gewähren wir in allen Abteilungen unseres Hauses Doppelte Rabattmarken ausgeschlossen Marken-Artikel und Konfitüren. SCHMOLLER.

9500 Meter Linoleum

Linoleum-Läufer		Linoleum-Läufer		Linoleum, breite Ware		Inlaid, breite Ware	
Linoleum-Läufer, bedruckt, 60 cm breit	85 ³ 68 ³	Muster durchgehend 67 cm	2.10 1.70	Linoleum, bedruckt 200 cm breit . . . <input type="checkbox"/> Meter	1.25	Granit IIIa, 200 cm breit 1,8 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	2.25 1.95
Linoleum-Läufer, bedruckt, 67 cm breit	1.10 90 ³	Muster durchgehend 90 cm	2.70 2.30	Linoleum, bedruckt 200 cm breit . . . <input type="checkbox"/> Meter	1.45	Inlaid IIIa, 200 cm breit 1,8 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	2.75 2.45
Linoleum-Läufer, bedruckt, 90 cm breit	1.35 1.20	Muster durchgehend 100 cm	2.80	Linoleum, bedruckt 250 cm breit . . . <input type="checkbox"/> Meter	1.95	Inlaid IIa, 200 cm breit 2,2 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	3.35 3.—
Linoleum-Läufer, bedruckt, 110 cm breit	1.75 1.50	Muster durchgehend 110 cm	3.30 2.90	Linoleum, bedruckt 300 cm breit . . . <input type="checkbox"/> Meter			Inlaid Ia, 200 cm breit 3,3 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter
Linoleum-Läufer, bedruckt, 133 cm breit	2.10 1.85	Filzpappe <input type="checkbox"/> Meter	25 ³				

Linoleum-Teppiche			
bedruckt, schöne Muster zum Teil mit kleinen Schönheitsfehlern			
150/200 cm	200/250 cm	200/300 cm	250/350 cm
5 ⁷⁵	10 ⁰⁰	13 ⁵⁰	18 ⁰⁰

Linoleum-Vorlagen			
bedr. 40/40 40/65 70/90 70/115 90/130 cm			
40	65	90	115 185
Stück			

Küchen-Wachstuche			
Ein Posten			
ca. 85 cm	ca. 100 cm	ca. 115 cm	ca. 140 cm
95 ³	1 ²⁰	1 ⁴⁵	1 ⁹⁰

Linoleum-Reste

200 cm breit, bedruckt schöne Muster, bis 8 Meter Länge <input type="checkbox"/> Meter	1 ¹⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgehend, IIIa, 1,8 mm dick, irregulär <input type="checkbox"/> Meter	1 ⁷⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgeh., IIa, 2,2 mm dick, irregulär <input type="checkbox"/> Meter	2 ³⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgeh., Ia, 3,3 mm dick, irregulär <input type="checkbox"/> Meter	2 ⁷⁵
--	-----------------	--	-----------------	---	-----------------	--	-----------------

Bei mir gekauftes **Linoleum** wird auf Wunsch von eigenem Tapezier gelegt.

Mode- u. Aussteuer-Haus **Sandauer.**

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
Gau Baden - 3. Bezirk.
Samstag, den 25. April 1914, abends halb 9 Uhr, findet im „Darnstädter Hof“ in Durlach

kombinierte Versammlung
der Arbeiter-Sängervereine „Sängerbund Vorwärts“ und „Freiheit“ Durlach statt.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Bezirksleitung.
2. Stellungnahme zur Maifeier.
3. Verschiedenes.
Wir bitten um pünktliches und vollzähliges Erscheinen beider Vereine.
Die Bezirksleitung.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Messe-Wirtschaften.
Die Berechtigung zum Betrieb von zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem hiesigen neuen Meszplatz, während der Früh- und Spätmessfeier 1914 soll unter den hiesigen Wirten versteigert werden.
Steigerungslustige sind auf Montag, den 27. April d. J., morgens halb 9 Uhr in das städtische Gebäude Karl Friedrichstr. Nr. 8, Zimmer Nr. 160, Eingang Jähringer Straße, 1 Treppe hoch (Zwischenstod) eingeladen.
Die Steigerungsbedingungen liegen im Rathaus (2. Stod, Zimmer Nr. 80) während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.
Karlsruhe, den 20. April 1914.
Die Mehinspektion.

Petroleumherd, wenig gebräucht, billig zu verkaufen. Morgenfr. 18, 4. St. r.
Feines Damen- u. Herren-Fahrrad, freilauf, sehr billig zu verkaufen. Baumeisterstr. 38, part.

Bekanntmachung.
Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Dienst-räume am Montag, den 27. April ds. Jg. geschlossen. Karlsruhe, den 22. April 1914. Das Grundbuchamt.

Gesucht
Herrschafts-Köchinnen, Mädchen, die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.
Städtisches Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Jähringerstr. 100. Tel. 949.

Zementeure
auf Kunststeine sofort gesucht.
J. Gläzner,
Mühlburg, alter Bahnhof oder Rheinfr. 70. 498

10 bis 15 tüchtige Maurer
per sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.
Architekt Jos. Held
Südenstr. 24.

Durlach.
5 bis 6 tüchtige **Maurer**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Karl Höfel, Baugeschäft.

WENN SIE
zur Reise Ihre Vorbereitungen treffen versehen Sie WYBERI Tabellen nicht vorhalten, festerkeit, Katalog und Sie dann gleichzeitige Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien Preis der Originalschachtel 1 Mk

Gelegenheitskauf.
Damen-Kostüme von 12 Mk an Blusen, weiß u. farb. u. 95, an Kostümröcke von 1,85 Mk an Regenschirme staunend billig.
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Weil kein Laden, billigte Preise.

E. Ohner, Tapeziergeschäft
Hauptstr. 23, Luisenstr. 35 empfiehlt sich im Tapezieren, Anfertigen und Aufarbeiten von Volkermöbeln und Betten aller Art bei billiger Berechnung.
Möbel, Herren-Konfektion, Manufakturwaren und Wäsche
liefert reelles Geschäft auf Teilzahlung.
Off. unter Nr. 341 an d. Erped.

Achtung! Radfahrer!
Ein Fahrrad emaillieren und vernickeln, mit neuen Speichen demontiert und montiert kostet in nur prima Ausführung 20 Mark. Sämtliche Ersatzteile nur bester Fabrikate zu staunend billigen Preisen bei

K. Busch Emaillier-Anstalt Durlach.
Erholungsheim
der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden
für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungstafel 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.
Rähere Auskunft und Anmeldung bei der
Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

Wand- u. Taschenuhren
sowie in **Gold- u. Silberwaren.**
Goldene Feuringe Paar von 10 Mk. an.
Empfehle den wertigen Vereinen nur große Auswahl in passenden Artikeln, geeignet zu **Regelpreisen.**
Ebenso werden Reparaturen an Uhren und Goldwaren wie allgemein bekannt, gut und bei billigen Preisen ausgeführt.
Achtungsvooll

Carl Billian, macher.
Labengeschäfte: Ecke Karl- u. Neue Bahnhofstraße 1, Schützenstraße 55.
Fleisch-Verkauf
Samstag, den 25. April verkaufe ich Nuitsstraße 20 von 7 bis 1 Uhr prima Qualität Masthühnerfleisch à Pfd. 68 Pfg.
Wilhelm Neck,
Welfereibesitzer. 507

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarreifen, Puppenperücken usw. billig an. Defekte Haararbeiten repariere billig.
Karl Misch, Friseur
Aue bei Durlach.
Druckfachen
Buchdruckerei Volkstreuend, Kleidermacherin nimmt noch Kund-schaft an. Gute Arbeit, mäßige Preise. Gerwigstr. 6, 4. St.
Sportwagen, Wennhaber, noch neu, billig zu verkaufen. Rintheim, Erndstr. 19, 1. St.

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in guter Ausführung **Christ. Oertel · Karlsruhe**
Kaiserstr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.